

**Schweizerische Volkspartei
(SVP)**

Jahresbericht

2010



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I. Erfolgsbilanz	4
1. Das Jahr 2010 im Rückblick	4
Frühlingsession 2010 (1. - 19. März 2010)	7
Sommersession 2010 (31. Mai - 18. Juni 2010)	10
Herbstsession 2011 (13. September – 1. Oktober 2011)	17
Wintersession 2010 (29. November - 17. Dezember 2010)	25
3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion	31
4. Vernehmlassungsantworten der SVP	32
5. Positionspapiere der SVP	36
6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen	37
7. Internet	38
II. PARTEIORGANE	39
1. Delegiertenversammlungen	39
2. Zentralvorstand	42
3. Leitender Ausschuss	45
4. Parteileitung	46
5. Generalsekretariat	47
6. Fraktion der Bundesversammlung	48
III. Eidgenössische Volksabstimmungen 2020	50
IV. Bundesratswahlen	52
V. Die SVP in den Kantonsparlamenten	54
VI. Die SVP-Kantonalsektionen ONLINE	55

Vorwort



Der Abschluss des Jahres 2010 war geprägt durch das Ja des Schweizer Volkes zur SVP-Ausschaffungsinitiative. Damit konnte ein wichtiger Meilenstein bei der Umsetzung des „Vertrages mit dem Volk“ erreicht werden. Nun müssen wir alles daran setzen, dass der Verfassungstext auch konsequent umgesetzt wird. Mit der Ablehnung der Einführung eines Tieranwalts und der Zustimmung zur Revision der Arbeitslosenversicherung konnte die SVP im vergangenen Jahr zwei weitere Erfolge an der Urne verbuchen.

Das Jahr 2010 war aber auch geprägt von der Sorge um unsere Volksrechte, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie eine funktionstüchtige Landesregierung. Immer häufiger werden Volksentscheide in Frage gestellt. Jene Kreise, welche das Initiativrecht beschränken wollen, treten immer dreister auf. Die gleichen Kreise verabschieden sich von der bewährten Konkordanz. Der SVP wurde der berechtigte Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Landesregierung bei den Bundesratsersatzwahlen im Herbst 2010 erneut verwehrt. Unser hervorragender Kandidat Jean-François Rime konnte indes in beiden Wahlen ein sehr gutes Resultat verbuchen. Die Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit erlangte mit der Verhinderung des Parteitages in Lausanne durch linke Chaoten und untätige Behörden einen neuen, traurigen Höhepunkt.

Im Jahr vor den Eidgenössischen Wahlen beginnen traditionellerweise die Vorbereitungen für die Wahlkampagne. Sie konnten auch in diesem Jahr zeitgerecht in Angriff genommen werden. Der Programmparteitag vom 4. Dezember 2010 auf freiem Feld in Coinsins VD stellte einen würdigen Auftakt zu den Wahlen 2011 dar. Der Trend bei kantonalen Wahlgängen stimmt. So konnten 2010 in Nidwalden, Obwalden, Zug und Jura Wahlsiege errungen werden. In Bern und Glarus wurde der Besitzstand trotz neuer Konkurrenz weitgehend gehalten. In Graubünden konnte die neu gegründete SVP in ihren ersten kantonalen Wahlen 4 Sitze für sich verbuchen und damit gegenüber dem Status quo ebenfalls einen Zuwachs erreichen.

Der Erfolg bei den Eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober 2011 ist ein zentrales Ziel für dieses Jahr. Nur wenn die SVP noch stärker wird, kann einer Politik für Unabhängigkeit, Sicherheit und Wohlstand zum Durchbruch verholfen werden. Es braucht alle verfügbaren Kräfte, um dieses Ziel zu erreichen.

Martin Baltisser
Generalsekretär

I. ERFOLGSBILANZ

1. Das Jahr 2010 im Rückblick

JANUAR

Am 8. und 9. Januar versammeln sich die **Parteikader der SVP Schweiz zu ihrer traditionellen Arbeitstagung in Horn (TG)**. Nationale Parlamentarier, Vertreter der SVP-Kantonalparteien sowie Regierungsräte und Richter diskutieren gemeinsam mit geladenen Experten über Thema „Sicherheit“. Insbesondere wird das **Strafrecht** unter die Lupe genommen, so referiert Luzi Stamm über die diesbezüglichen Forderungen der SVP, SVP-Bundesrichter Hans Mathys zum Verständnis des Strafrechts und wie ein Gericht zu einem Urteil findet, sowie Thomas Manhart, Amtsleiter Justizvollzug Kanton Zürich zum Straf- und Massnahmenvollzug im Spannungsfeld zwischen Kuscheljustiz und Isolationshaft. Der Samstagmorgen wurde dem Thema **Wahlkampf mobilisierung** gewidmet, die Referate wurden von Dr. Michael Hermann, geographisches Institut Zürich und von Christoph Blocher eindrücklich bestritten.

Delegiertenversammlung in Stans (NW) vom 23. Januar 2010: Energiepolitik und Parolenfassung

Die Delegierten der SVP Schweiz treffen sich am 23. Januar 2010 **in Stans (NW)**. Im Zentrum der Delegiertenversammlung stehen die **Energiepolitik** sowie die **Parolenfassung für die Abstimmungsvorlagen vom 7. März 2010**.

BVG-Umwandlungssatz: Der Zentralvorstand sagt mit 40:11 Stimmen **JA zur Anpassung des Mindestumwandlungssatzes** in der beruflichen Vorsorge.

Der Zentralvorstand lehnt den Bundesbeschluss zu einem Verfassungsartikel über die **Forschung am Menschen mit 57:1 bei 1 Enthaltung ab** und empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein **NEIN**.

Die Volksinitiative „**Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)**“ lehnt der Zentralvorstand **einstimmig ab**. Die Initiative ist unnötig und durch die neue Tierschutzgesetzgebung überholt. Tierleid muss mit Prävention und Kontrolle verhindert werden, bevor es entsteht. Dafür braucht es keinen „Tieranwalt“ und keine Aufblähung der Bürokratie. **Deshalb ist ein NEIN zur Initiative angezeigt.**

RENTEN SICHERN!

Deshalb am
7. März 2010:

JA zum Umwandlungs- satz

Einstehen für die Schweiz

Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat. Herzlichen Dank!

www.svp.ch



Pressekonferenz der SVP vom 26. Januar 2010

Die SVP Schweiz **lanciert die „Familieninitiative“**

Die Familieninitiative will steuerliche Entlastungen für alle Familien mit Kindern. Eine Steuergesetzrevision hat gerecht zu sein; sie darf nicht bestimmte Familien- und Betreuungsformen diskriminieren. So sollen Eltern, welche ihre Kinder selber betreuen und sie nicht in Kinderkrippen abgeben mindestens gleich hohe steuerliche Entlastungen erhalten wie jene Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen.



Familieninitiative

Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen

www.familieninitiative.ch

FEBRUAR

Pressekonferenz der SVP vom 2. Februar 2010

Die SVP Schweiz **lanciert die Initiative „Volkswahl des Bundesrates“**

Damit will die SVP eine Erweiterung der Volksrechte erwirken. Die Stimmbürger konnten bislang auf Bundesebene nicht mitreden wenn es um die Wahl der Landesregierung ging. Weiter garantiert die Volkswahl des Bundesrates transparente und faire Regeln. Es sind keine Hintertreffenabsprachen und parlamentarische Trickereien mehr möglich. Die Bundesräte sind direkt dem Stimmbürger verpflichtet. Dies ermöglicht, dass wieder vermehrt profilierte, gestandene Persönlichkeiten in den Bundesrat gewählt werden.



www.volkswahl.ch

Die SVP-Fraktion **lehnt am 19. Februar fünf neue Doppelbesteuerungsabkommen ab**, da sie gegen das Prinzip der doppelten Strafbarkeit verstossen und das Bankkundengeheimnis aufweichen. Falls das Parlament trotzdem auf die Abkommen eintritt, fordert die SVP-Fraktion Nachverhandlungen, um in den Abkommen mit Frankreich, Grossbritannien, USA, Dänemark und Mexiko zusätzliche Vertragsbestimmungen anzubringen, dass gestohlene Bankdaten in grenzüberschreitenden Steuerverfahren nicht verwendet und auch nicht weiter gegeben werden dürfen. Entsprechende Bestimmungen sind auch in künftig auszuhandelnde Abkommen zu integrieren. **Die Fraktion hat auch einer Parlamentarischen Un-**

tersuchungskommission (PUK) zur Klärung der Vorfälle rund um die widerrechtliche Herausgabe von UBS-Kundendaten zugestimmt. Im Weiteren hat die SVP-Fraktion Norman Gobbi von der Lega die Ticinesi als neues Fraktionsmitglied aufgenommen.

Die SVP-Fraktion hat sich am 20. Februar mit dem Aktienrecht und der Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ befasst. **Die Fraktion setzt sich für ein griffiges Aktienrecht ein, das Missbräuche bei den Vergütungen der Organe von börsenkotierten Unternehmen unterbindet.** Sie unterstützt einstimmig die getroffene Einigungslösung in Form eines indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ im Aktienrecht, auf welche sich die SVP-Parteileitung mit dem Initiativkomitee verständigt hat. Die SVP wird alles unternehmen, um dieser Lösung im Parlament zum Durchbruch zu verhelfen, mit dem Ziel, dass die Initiative zurückgezogen wird. Stellt sich das Parlament gegen ein griffiges Aktienrecht, wird die SVP-Fraktion die Initiative unterstützen.

MÄRZ

Am 2. März hat die SVP Schweiz bei **der Bundesanwaltschaft** im Zusammenhang mit dem **Diebstahl von Bankkundendaten Strafanzeige wegen wirtschaftlichen Nachrichtendienstes** bzw. Anstiftung und Beihilfe dazu eingereicht. Ebenso soll die Verletzung des Bankkundengeheimnisses im gleichen Zusammenhang untersucht werden. Die SVP-Fraktion hat zudem eine dringliche Interpellation beschlossen, um vom Bundesrat Auskunft über die getroffenen Massnahmen gegen den Datendiebstahl zu erhalten. Die SVP-Fraktion verlangt, dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um gegen solche Vergehen vorzugehen. Ausserdem sollen für die Zukunft präventive Vorkehrungen getroffen werden. Auch fordert die SVP, dass jene Steuerbeträge, welche heute im Rahmen der Zinsbesteuerung auf deutschen Vermögen erhoben werden, bis zum Abschluss der Datenklau-Affäre zurückbehalten und nicht an Deutschland überwiesen werden.

3. März 2010: **Skandalöser Nicht-Entscheid des Ständeratsbüros zu einer PUK:** Für die SVP ist der Beschluss des ständerätlichen Büros, vorläufig nicht über die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission rund um die illegale Herausgabe von UBS-Kundendaten zu entscheiden, ein Skandal. Damit verzögert die FDP/CVP-Mehrheit nicht nur den PUK-Entscheid, sie verhindert auch eine Diskussion im Parlament über dieses wichtige Thema. Ein solches Vorgehen ist hinterhältig. Damit wollen die beiden Parteien offenbar von ihrer Verflechtung in den Fall UBS ablenken.

7. März 2010: Volksabstimmung und Wahlen in NW und OW

72.7% der Stimmbürger sagen **NEIN zur Anpassung des Umwandlungssatzes.** Das Resultat erstaunt wenig. Zu belastend haben sich die Diskussion um Abzockerei und die damit zusammenhängenden ungelösten Probleme auf die Abstimmung ausgewirkt. Damit tragen auch die Wirtschaft und bürgerliche Kreise eine Mitverantwortung für dieses Resultat. Nun gilt es die Entwicklung der zweiten Säule genau zu beobachten. Linke und Gewerkschaften sind an ihren schwer nachvollziehbaren Prognosen zu messen und stehen nun in der Verantwortung. Sollte die berufliche Vorsorge weiter aus dem Gleichgewicht geraten, ist rasches Handeln angesagt.

Das mit 77.2% **klare JA der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zum Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen** nimmt die SVP zur Kennt-

nis. Die Auswirkungen in Bezug auf den Forschungsstandort Schweiz gilt es gut im Auge zu behalten.

Die SVP zeigt sich erleichtert über die mit 70.5% klare **Ablehnung der Tierschutzanwaltschaft-Initiative**. Die Stimmbürger bestätigen mit ihrem sachlich gefällten Entscheid, dass sie Vertrauen in die bestehenden Institutionen zur Durchsetzung des hohen Schweizer Tierschutzniveaus haben.

Nidwalden: Mit 19 Mitgliedern (7 bisherige, 12 neue) stellt die SVP Nidwalden neu die stärkste Fraktion im Landrat. Sie hat den Wähleranteil von 19.5% auf 26.6% erhöht. Die beiden SVP-Kandidaten Ueli Amstad (bisher) und Res Schmid (neu) werden bereits im ersten Wahlgang in die Regierung gewählt.

Obwalden: Die neu gewählte SVP-Fraktion mit 11 Sitzen (5 bisherige, 6 neue) wird sich im Kantonsrat für die Anliegen der SVP einsetzen. Mit neu 21.7% (+6.7%) Wählerstärke avanciert die SVP zur zweitstärksten Kraft im Kanton Obwalden.

Kanton Zürich: In den Zürcher Parlamentsgemeinden kann die SVP als einzige der grossen Parteien zulegen. In den 10 kommunalen Parlamenten konnte die Sitzzahl von 118 auf 128 gesteigert werden (SP 113 Sitze, FDP 64 Sitze).

Kanton Glarus: Im neuen Gemeindeparlament von Glarus Nord zieht die SVP gleich mit 8 von 33 Sitzen ein und überflügelt damit alle anderen Parteien.

Frühlingsession 2010 (1. - 19. März 2010)

1. Sessionswoche

Am ersten Sessionstag werden drei neue Nationalräte vereidigt, unter ihnen Roland Rinaldo Büchel (SVP/SG) als Nachfolger von Jasmin Hutter und Norman Gobbi (Legat/TI), der auf Attilio Bignasca folgt. Der Nationalrat beschliesst, dass das Zivildienstgesetz bereits ein Jahr nach Inkrafttreten revidiert werden muss, da die Armee Probleme hat, genügend Soldaten zu rekrutieren. Der Ständerat hält an seinem milderen Kurs bei der Revision der Arbeitslosenversicherung fest. Eine klare Absage erteilt er der verlängerten Wartezeit für Personen, die nach dem Studium arbeitslos werden. Der SR hält auch am Anspruch auf 400 Taggelder für unter 30-Jährige fest und spricht sich gegen die Kürzung der Taggelder nach 260 Tagen und nach 330 Tagen aus. Am 3. März hält der Nationalrat eine ausserordentliche Session zur Thematik Migration ab, welche von der SVP einberufen wurde. Dabei sprach er sich dafür aus, dass Sans-Papiers eine Berufslehre absolvieren dürfen sowie Zugang zum KVG erhalten. Ebenfalls angenommen wurden Motionen der SVP zum Übergang vom Monismus zum Dualismus sowie zur Verkürzung der Asylverfahren. Weiter führt der Nationalrat eine Debatte zum Sistierungsentscheid des Büros des Ständerates betreffend Einsetzung einer PUK in Sachen Bankkundengeheimnis. Der Ständerat hat sich am Donnerstag für mehr Fördergelder für Strom aus erneuerbaren Energien ausgesprochen.

2. Sessionswoche

Der Ständerat weist einen Bericht zur Entwicklungshilfe entgegen dem Willen der SVP an den Bundesrat zurück mit dem Auftrag, die Beiträge an die Entwicklungshilfe erhöhen.

Der Nationalrat unterstützt eine parlamentarische Initiative von Hans Rutschmann zur Auflösung der Kommission für öffentliche Bauten (KöB) des Nationalrates

Bei der Beratung der Arbeitslosenversicherung schwenkt der Nationalrat weitestgehend auf die Linie des Ständerates ein. Früher auf Antrag der SVP beschlossene Sparvorschläge werden fallen gelassen. Die SVP hat sich am Donnerstag bei der Abzocker-Debatte im Nationalrat nicht durchgesetzt: Der Rat spricht sich dafür aus, die Abzocker-Initiative von der Aktienrechtsrevision abzukoppeln. Die SVP hätte die Initiative später zusammen mit der Aktienrechtsrevision behandeln wollen. Der Ständerat will die Selbstversorgung der Schweiz mit landwirtschaftlichen Produkten stärken. Massnahmen zum Erhalt eines Selbstversorgungsgrades von mindestens 60 Prozent und eine Ergänzung des Landwirtschaftsgesetzes unter anderem um den Begriff "Ernährungssouveränität" sollen dazu beitragen.

3. Sessionswoche

Der Ständerat will die Haltung gefährlicher Hunde landesweit einheitlich regeln. Der Nationalrat hatte schärfere kantonale Gesetze zulassen wollen. Nachdem der Nationalrat in der ersten Sessionswoche die Bilanzreserve zur Abfederung des EU-Agrarfreihandels zurückgewiesen hatte, stimmt ihr der Ständerat oppositionslos zu. Nach dem Nationalrat verlangt auch der Ständerat eine Revision des Zivildienstgesetzes, um den Zugang zum Zivildienst zu erschweren. Die grosse Kammer berät weiter die Volksinitiative „für ein gesundes Klima“, welche eine CO2-Reduktion um 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 will und lehnt sie klar ab. Der Ständerat will wie der Bundesrat das Bankgeheimnis aufweichen und die Amtshilfe auf Steuerhinterziehung ausdehnen. Er stimmt den ersten fünf Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Mexiko und den USA gegen den Willen der SVP zu. Weiter stimmt der Ständerat der Abschaffung der Stempelsteuer zu. Der Nationalrat will über Bausparmodelle den Kauf von Wohneigentum fördern. Er empfiehlt dem Stimmvolk zwei Initiativen zur Annahme, die über Steuererleichterungen den Aufbau von Eigenkapital für den Kauf eines Eigenheims ankurbeln wollen. Der Ständerat lehnt die Ausschaffungsinitiative der SVP mit 34:6 Stimmen ab. Mit 22:6 Stimmen bei 11 Enthaltungen spricht sich das Stöckli für einen direkten Gegenvorschlag auf Verfassungsstufe aus. Weiter verabschiedet der Ständerat Änderungen im Ausländer- und Asylgesetz. Es handelt sich um Anpassungen an EU-Normen zur Rückführung illegal anwesender Personen. Gegen den Willen der SVP wird die Ausschaffungshaft von maximal 24 auf 18 Monate verkürzt. Bei der Abstimmung über die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes enthält sich die SVP im NR mehrheitlich der Stimme. Die Linke hat dagegen das Referendum angekündigt.

Am 18. März fordert die SVP die Branchenorganisation Milch auf, den Mengenindex zurückzunehmen und das Modell 80/20 konsequent umzusetzen. Dadurch wird eine marktgerechte Preissegmentierung ermöglicht. Überschüssige Milch muss über die Börse gehandelt werden. Mit diesen Massnahmen soll eine nachhaltige Erhöhung des Milchpreises um mindestens 5 Rappen erreicht werden. Mit ihren Forderungen will die SVP die Wertschöpfung der Schweizer Milchwirtschaft unterstützen und erhalten sowie den Schweizer Milchproduzenten eine wirtschaftliche Zukunft sichern.

Am 27. März wird im Kanton Bern der Regierungsrat und der Grossrat **gewählt**. Die SVP Kanton Bern übertrifft das gesteckte Wahlziel mit 44 Grossratssitzen (+14; 23 bisherige, 21 neugewählte) und ist wieder klar stärkste Fraktion im Grossen Rat. Ebenfalls gelingt die Wiederwahl von Christoph Neuhaus in den Berner Regierungsrat. Nur hauchdünn verpasst Regierungsratskandidat Albert Rösti die Wahl.

APRIL

14. April: Die SVP lehnt das vom Bundesrat verabschiedete Amtshilfeabkommen mit den USA in Sachen UBS-Kundendossiers ab. Es kann nicht sein, dass das Parlament rückwirkend Unrecht zu Recht macht. Dies wäre ein krasser Verstoss gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Rechtssicherheit. Aufgrund der Tragweite dieses Vorgangs verlangt die SVP auch, dass das Abkommen dem fakultativen Referendum unterstellt wird. Eine Verknüpfung des Vertrages mit anderen Themen wie den Banken-Boni, wie dies die SP in den vergangenen Tagen gefordert hat, kommt für die SVP nicht in Frage.

Pressekonferenz der SVP vom 19. April 2010

Die SVP präsentiert anlässlich einer Medienkonferenz das neue Positionspapier „**Für eine sichere und günstige Stromversorgung**“. Sie zeigt in diesem Papier den Weg für eine **günstige, unabhängige und umweltfreundliche Stromversorgung** auf. Es gilt die Stromversorgung des Landes auf der Basis des bestehenden Strom-Mix mit den Schwerpunkten Wasser- und Kernkraft zu sichern. Dazu ist der Ausbau der inländischen Stromproduktion voranzutreiben. Die Schweizer Kernkraftwerke sind am Ende ihrer Lebensdauer durch neue Kernkraftwerke an den bestehenden Standorten zu ersetzen. Die Wasserkraftnutzung ist auszubauen. Neue Lenkungs- und Förderabgaben, welche den Strom verteuern, sind konsequent abzulehnen.

22. April: "Too Big to Fail": Die SVP fordert eine rasche Umsetzung struktureller Massnahmen. Der Zwischenbericht der Expertenkommission „Too Big to Fail“ macht zwar brauchbare Vorschläge zur Risikoreduktion, etwa über Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen oder über organisatorische Massnahmen für den Fall einer Insolvenz. Die vorgeschlagenen Massnahmen lösen aber das Problem, dass der Staat im Fall der Insolvenz einer Grossbank haftet, nicht. Die SVP fordert endlich strukturelle Vorgaben (z.B. in Form einer Holdingstruktur), um im Fall eines Bankenkollaps gravierende Folgen für die Volkswirtschaft effektiv zu verhindern. Die SVP fordert die rasche Umsetzung entsprechender Massnahmen.

Am 25. April finden in den Kantonen Uri und Schwyz Ersatzwahlen für den Regierungsrat statt. In Uri gewinnt Beat Arnold die Ersatzwahl klar und schafft es als erster SVPLer in den Urner Regierungsrat. In Schwyz wird bei den Ersatzwahlen in den Regierungsratswahlen kein absolutes Mehr erreicht, der 2. Wahlgang wird Mitte Juni stattfinden.

MAI

Delegiertenversammlung in Näfels (GL) vom 1. Mai 2010: Ausländerkriminalität und ihre Ursachen

Der **SVP-Zentralvorstand** lässt sich in Näfels/GL von Experten über die aktuelle Situation in Sachen **Kriminalität und Sicherheit** informieren. Für die SVP ist klar, dass sie ihren Kampf für mehr Sicherheit weiter intensivieren muss. Eine Verschärfung des Strafrechts, die Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit im Migrationsbereich sowie der Erfolg der SVP-Ausschaffungsinitiative sind Schlüsselfaktoren dazu.

Die Mitglieder des Zentralvorstandes haben zuhanden der Delegiertenversammlung eine Resolution zur Ausländerkriminalität und zu Schengen bereinigt und einstimmig verabschiedet.

Im Zentrum der **Delegiertenversammlung** steht die steigende Ausländerkriminalität sowie die zunehmende Tendenz sogenannte „Sans Papiers“ zu legalisieren. All das sind Folgen einer nicht kontrollierten Einwanderung, die sich seit dem Schengenbeitritt der Schweiz im Jahr 2008 weiter verschärft hat. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der Sicherheit und der Wahrung der Unabhängigkeit unseres Landes. Die Delegierten **verabschieden die Resolution** „Sicherheit für die Bürger – Stopp der Ausländerkriminalität!“ mit 398 zu 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Weiter werden die **Parteileitung** und der **Zentralvorstand einstimmig für zwei weitere Jahre bestätigt**. **Toni Brunner** wird bei einer Gegenstimme ebenfalls glanzvoll **wiedergewählt**.

Jasmin Hutter wird **als Vizepräsidentin verabschiedet**. An Ihre Stelle hat die Delegiertenversammlung die Bernerin **Nadja Pieren**, Präsidentin der SVP Burgdorf, in einer Kampfwahl mittels einfachem Mehr von 177 Stimmen in die Parteileitung **gewählt**.

Sommersession 2010 (31. Mai - 18. Juni 2010)

1. Sessionswoche

Der Nationalrat ist gegen den Willen der SVP auf die Totalrevision des CO₂-Gesetzes eingetreten und spricht sich dafür aus, bis ins Jahr 2020 gegenüber 1990 20 Prozent CO₂ einzusparen. Dabei soll die Reduktion entgegen dem Willen der SVP vollständig im Inland erfolgen. Der Nationalrat will weniger hohe Hürden für Gaskombikraftwerke als der Ständerat. Solche Kraftwerke sollen bloss 70 Prozent der CO₂-Emissionen im Inland kompensieren müssen und nicht wie von der kleinen Kammer gefordert 100 Prozent. Der Ständerat beharrt in der Differenzbereinigung an einer vollständigen Kompensation im Inland. Der Ständerat heisst eine zweite Tranche von fünf neuen Doppelbesteuerungsabkommen nach Art. 26 OECD-Musterabkommen ohne Gegenstimme gut. Der Nationalrat lehnt eine Parlamentarische Initiative der SVP, das Bankkundegeheimnis in der Verfassung zu verankern, ab. Der Ständerat lehnt einen Grossteil der vor allem von der SVP im Rahmen einer ausserordentlichen Session eingereichten und vom Nationalrat überwiesenen Vorstösse im Migrationsbereich ab. Beide Kammern heissen die Fristverlängerung für die Volksinitiative gegen die Abzockerei gut, um einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten wie ihn der Einigungsvorschlag SVP/Initiativkomitee fordert. Dies ist ein grosser Erfolg für die SVP. Der Nationalrat beschliesst gegen den Willen der SVP, der Ausschaffungsinitiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Auf eine Ungültigerklärung wird verzichtet. Als Zugeständnis an die Linke wird ein Integrationsartikel in den Gegenvorschlag aufgenommen. Entgegen dem Willen der SVP-Vertreter tritt der Ständerat auf gewisse Protokolle der Alpenkonvention ein. Bei den flankierenden Massnahmen gegen den Erwerb von Grundstücken von Personen im Ausland (Lex Koller) beauftragt der Ständerat die Kantone, mit Kontingenten oder anderen Massnahmen gegen den Zweitwohnungsbau vorzugehen.

2. Sessionswoche

Der Ständerat hält daran fest, dass die Ausschaffungshaft für abgewiesene Asylsuchende wieder auf 18 Monate verkürzt werden soll. Er widersetzte sich damit dem Nationalrat, der an der heutigen Maximaldauer von 24 Monaten festhalten will.

Nach dieser Entscheidung willigte schliesslich auch der Nationalrat, gegen den Willen der SVP, ein, die Ausschaffungshaft dem EU-Recht anzupassen. Der Ständerat hat eine Parlamentarische Initiative von Maximilian Reimann mit 27:6 Stimmen abgelehnt, welche verlangte, dass die eidgenössischen Räte die im Freizügigkeitsabkommen mit der EU vorgesehene Ventilklausel in Eigenregie anrufen können sollen. Der Ständerat weist im Gegensatz zum Nationalrat zwei Volksinitiativen zur Förderung des Bausparens an die vorberatende Wirtschaftskommission zurück, um einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Der Nationalrat hatte beide Initiativen zur Annahme empfohlen.

3. Sessionswoche

Der Nationalrat bewilligt gegen den Willen der SVP-Vertreter die Verlängerung der Finanzierung der familienexternen Kinderbetreuung. Der Entscheid zur Erhöhung des Kredits von 80 auf 120 Mio. CHF fiel äusserst knapp. Der Ständerat beschliesst definitiv auf die Einsetzung einer PUK in Sachen UBS zu verzichten, obwohl der Nationalrat zuvor klar für die Einsetzung einer PUK votierte. Der Nationalrat tritt entgegen seinem früheren Beschluss auf das Amtshilfeabkommen UBS/USA ein, unterstellt es aber dem fakultativen Referendum und schafft damit eine Differenz zum Ständerat. Die Einigungskonferenz folgt dem Ständerat und streicht das Referendum aus dem Vertrag. Der Antrag der Einigungskonferenz wird schliesslich in beiden Räten gutgeheissen. Der Ständerat verabschiedet als Erstrat die IV-Revision 6a. Dieses Massnahmenpaket bringt langfristig Einsparungen von 500 Mio. CHF pro Jahr. Der Nationalrat lehnt die beiden linken Initiativen für den Stopp des missbräuchlichen Steuerwettbewerbs sowie für den Schutz vor Waffengewalt klar ab. Der Ständerat verabschiedet als Erstrat eine Vorlage zur Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte.

Im **Kanton Glarus** wird am 30. Mai der Landrat **gewählt**. Die Sitze werden von 80 auf 60 reduziert. Die SVP erzielt 17 Sitze bei einem Wähleranteil von 26.5% (-1.4%). Die SVP bleibt trotz der vorausgehenden Abspaltung stärkste Kraft im Kanton.

JUNI

9. Juni: Der Fraktionsausflug mit über 120 Teilnehmern führt in die Heimat von Fraktionspräsident Caspar Baader. In Basel ist die Fraktion am Hauptsitz der Firma Roche zu Gast. Gegen Abend verlässt die Gesellschaft Basel und fährt durchs schöne Baselbiet nach Wenslingen, wo in der „Bäsebeiz“ von Max Ritter ein gemütlicher, geselliger Abend verbracht wird.



Bei den **Wahlen** vom 13. Juni im **Kanton Graubünden** gewinnt die 2008 neu gegründete SVP zwei Grossratssitze dazu und hat neu 4 Grossräte, womit sie die Fraktionsstärke um einen Sitz knapp verpasst. Der Regierungskandidat Heinz Brand der SVP wird nicht gewählt.

Im **Kanton Schwyz** findet am 13. Juni der zweite Wahlgang der Ersatzwahl in den Regierungsrat statt, wobei die SVP keinen weiteren Sitz gewinnt.

In einem Point de Presse stellt die SVP Schweiz am **23. Juni 2010** ihr Kurzpositionspapier „Wie weiter in der Libyen-Krise“ vor.

Die **Delegiertenversammlung** am 26. Juni 2010 findet in **Delémont (JU)** statt. Das Thema lautet „Das gescheiterte Europa und die Folgen für die Schweiz“. Weiter wird die **Parole für die Abstimmung** vom 26. September 2010 zur **Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes** gefasst. Die Delegierten sagen mit 240 zu 2 Stimmen **JA zur Revision** bei 11 Enthaltungen. Die ALV ist mit 7 Milliarden Franken hoch verschuldet. Das Parlament hat eine Revision mit 622 Millionen Franken Einsparungen und Mehreinnahmen im Umfang von 647 Millionen Franken pro Jahr befürwortet. Die SVP Fraktion hat sich für eine reine Sparvorlage eingesetzt, damit weitere Fehlanreize in diesem Sozialwerk beseitigt werden können, wurde aber im Parlament nicht unterstützt. Die Delegierten fassen die JA-Parole trotzdem, da ohne diese Revision die Lohnabzüge aufgrund der bestehenden Gesetzesbestimmungen gar um 0.5% erhöht werden würden.

Der Leitende Ausschuss hat am 25. Juni in Boncourt (JU) die Rechnung 2009 und das Budget 2010 genehmigt. Die im letzten Jahr beschlossenen Kostensenkungsvorgaben konnten nicht nur eingehalten sondern gar übertroffen werden. Die Rechnung 2009 der SVP Schweiz schliesst mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 14'676.88 ab. Das Budget 2010 sieht einen Ertragsüberschuss von Fr. 8'785.- vor. Die SVP Schweiz verfügt per 1. Juli 2010 über 1220 Stellenprozentanteile verteilt auf 13 Mitarbeitende.

JULI

9. Juli: Die SVP nimmt vom angekündigten Rücktritt von Bundesrat Leuenberger Kenntnis. Dieser Rücktritt war überfällig. Die SVP-Parteileitung hat bereits im April 2010 beschlossen, bei einer Vakanz im Bundesrat - gleichgültig ob diese durch den

Rücktritt eines SP- oder FDP-Bundesrates entsteht - den ausgewiesenen Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz geltend zu machen. Der gemäss Konkordanz am besten ausgewiesene Anspruch auf einen zusätzlichen Sitz in der Landesregierung ist der zweite Sitz der SVP.

17. Juli: In Winterthur-Töss nehmen nicht weniger als 30 Mannschaften, eingeteilt in zwei Kategorien, an der 4. Austragung des Fussballturniers der SVP teil.

Pressekonferenz der SVP vom 27. Juli 2010

SVP lanciert Volksbefragung zur Asyl -und Ausländerpolitik

Die SVP lanciert eine Volksbefragung zur Asyl- und Ausländerpolitik und stellt diese den Medien vor. Die SVP verschickt dafür eine Zeitung in alle Schweizer Haushalte. Zusätzlich kann der Fragebogen auch online ausgefüllt werden. Das Volk erhält so die Möglichkeit, sich frei zur Ausländerthematik zu äussern. Viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich immer fremder im eigenen Land. Die SVP nimmt die Ängste der Bevölkerung ernst und fordert: Wer sich nicht an unsere Regeln hält und so unsere Gastfreundschaft missbraucht, muss die Schweiz verlassen. Zum Wohle und zur Sicherheit aller, insbesondere auch der Mehrheit der Ausländerinnen und Ausländer, die sich anständig und korrekt verhalten.





www.volksbefragung.ch

Rede und Inserat von Parteipräsident Toni Brunner zum 1. August:

Schweizerinnen und Schweizer, tragen wir unserem Land Sorge!



Gedanken von
SVP-Präsident Toni Brunner
zum 1. August



Liebe Bürgerinnen und Bürger

Schon letztes Jahr durfte ich Sie am 1. August, dem Geburtstag unseres Landes, an den Ursprung der Schweiz erinnern. Die Sorge um Familie, Hab und Gut, der Wille zur Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung standen am Anfang der Eidgenossenschaft. Diese Werte haben unser Land stark gemacht und während Jahrhunderten geprägt. Sie garantieren uns Wohlstand und Sicherheit in guten wie in schlechten Zeiten. Die gemeinsamen Grundwerte der Eidgenossenschaft sind im Bundesbrief von 1291 festgehalten. «Im Hinblick auf die Arglist der Zeit» gelobten sich die Gründer unseres Landes gegenseitig Hilfe und Schutz. Sie versprachen die gemeinsame Abwehr von Angriffen und den Verzicht auf fremde Richter.

Die Schweiz hat es als armes Land zur Zeit unserer Gründerväter an die Spitze geschafft. Gerade auch im Angesicht der Wirtschafts- und Staatshaushaltskrisen unserer Zeit hat sich die Überlegenheit des Erfolgsmodells Schweiz gezeigt.

Diese Errungenschaften sind aber in Gefahr. Bundesrat und Parlament stellen durch ihr Handeln die Grundwerte und Stärken unseres Landes immer mehr in Frage.

Nein zum EU-Beitritt

Massgebende Personen und Parteien reden dem EU-Beitritt das Wort. Doch wer wird einmal die exorbitanten Schulden Europas tragen? Unsere Kinder und Enkel. Die Schweiz würde bei einem EU-Beitritt doppelt und dreifach bezahlen. Dennoch wollen uns die Classe politique und die «Eliten» durch Hintertüren in die EU drängen. Nach wie vor liegt auch das EU-Beitrittsgesuch der Schweiz in Brüssel. Ein Beitritt zur EU würde die Abschaffung der direkten Demokratie, tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, höhere Mieten, noch mehr Abgaben und Steuern sowie Milliardenzahlungen an Brüssel bringen. Die EU-Frage ist zum Wohle der Freiheit und Unabhängigkeit erneut, wenn möglich via Volksentscheid, zu klären.

Freiheit und Unabhängigkeit sind zu bewahren

Freiheit und Unabhängigkeit gilt es zu verteidigen. Ein Instrument der Landesverteidigung ist die Milizarmee, die im Volk verankert ist und somit auch nicht zum Spielball der Politiker werden kann. Verzichteten wir auf das Milizsystem, geben wir entweder die Landesverteidigung auf, oder wir setzen auf eine teure Berufsarmee. Diese würde dann wohl vor allem im Ausland Aufträge suchen und Konflikte ins eigene Land holen. Gefährdet sind Freiheit und Unabhängigkeit auch durch eine

ideologisch geprägte Aussenpolitik. Man denke dabei an die Libyen-Krise, den im letzten Moment verhinderten Einsatz der Armee gegen Piraten vor Somalia oder die Entschuldigungen für Volksentscheide im Ausland. Der Freiheit und Unabhängigkeit ist Sorge zu tragen.

Die Überfremdung der Schweiz

Seit je haben zahlreiche Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz eine neue Heimat gesucht, sei es als Flüchtlinge, sei es als Arbeitsuchende. Ohne sie wären viele Unternehmungen heute nicht dort, wo sie stehen. Die Schweiz hat aber ernsthafte Probleme mit der Zuwanderung. Die Untätigkeit von Bundesrat und Mitte-links-Parteien führte zu einem unkontrollierten Bevölkerungswachstum mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Schweiz. Wichtige Qualitäten und Traditionen unseres Landes werden in Frage gestellt. Zudem fühlen sich viele Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr sicher im eigenen Land. Nahezu die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird durch Ausländer verübt. Diese Situation ist eine Konsequenz der unkontrollierten Masseneinwanderung und der laschen Strafen in der Schweiz. Nur mit einem JA zur Ausschaffungsinitiative am 28. November 2010 kann das Bedürfnis der Schweizerinnen und Schweizer nach mehr Sicherheit und vor allem nach einem konsequenten Durchgreifen verwirklicht werden.

Die Geringschätzung der Familie

Die Bedeutung der Familie und der Verantwortung der Eltern für die Erziehung der Kinder wird immer mehr in Frage gestellt. Der Staat drängt immer stärker in den Verantwortungsbereich der Eltern ein. Mit vier Jahren sollen die Kinder bereits in den obligatorischen Schulunterricht gehen. Und hört man den Bildungsbürokraten zu, streben diese eine noch frühere Eingliederung in staatliche Angebote an. Statt dass die Lehrerinnen und Lehrer in der Schule ihrem eigentlichen Auftrag der Ausbildung der Kinder nachgehen können, werden sie überladen mit bürokratischen Formalitäten und stetig wechselnden Reformideen. Das eidgenössische Parlament hat gar beschlossen, dass Betreuungszubüge und damit Steuererleichterungen nur jenen Familien zugutekommen sollen, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Die Familieninitiative der SVP verlangt, dass auch die Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen, Steuerabzüge machen können. Treten wir zusammen für die Wahlfreiheit und Eigenbestimmung der Familien ein.

Finanzielle Sicherung der Sozialwerke

Die Politiker und Gewerkschafter überladen die Sozialwerke, die Zeche hat jedoch das Volk, wir alle, zu bezahlen. Die Arbeitslosenversicherung

ist mit über 7 Milliarden Franken verschuldet. Jetzt werden die Lohnbeiträge erhöht, hoffentlich «nur» um +0.2% – wenn wir Schweizerinnen und Schweizer am 26. September 2010 an der Urne JA zur Revision der Arbeitslosenversicherung sagen. Sonst bezahlen wir, die arbeitende Bevölkerung, gar +0.5% mehr Abgaben auf unseren Löhnen. Mit einem JA stärken wir den sozialen Zusammenhalt und die finanzielle Sicherheit unserer Sozialwerke.

Wir müssen jetzt handeln

Es ist richtig, sich Gedanken über die Zukunft unseres Landes zu machen. Inmitten der zahlreichen Herausforderungen gilt es festzuhalten, dass die Wurzeln in unserem Land gesund sind. Besinnen wir uns auf die Grundwerte und die Stärken der Schweiz. Das Volk ist die höchste Instanz in unserem Land und bestimmt den Weg. Wir Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, an der Urne bei Abstimmungen und Wahlen und durch Volksinitiativen Veränderungen herbeizuführen. Das ist die Stärke der direkten Demokratie, der es Sorge zu tragen gilt.

Die SVP führt vom 1. August bis am 31. Oktober dieses Jahres eine Volksbefragung zur Asyl- und Ausländerpolitik durch (www.volksbefragung.ch). Wir sind an Ihren Anliegen und Ideen zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land interessiert. Wir freuen uns, wenn Sie möglichst zahlreich mitmachen. Ich danke Ihnen, dass Sie unserem Land Sorge tragen.

Auch dieses Jahr wünsche ich Ihnen wieder einen schönen und besinnlichen 1. August.

Ihr
Toni Brunner

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

www.svp.ch



Die Partei des Mittelstandes

Den Bundesbrief von 1291 finden Sie auf www.admin.ch/org/polit
Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat. Herzlichen Dank!

Pressekonferenz der SVP vom 11. August 2010

Stopp der Zerstörung der Schweizer Landwirtschaft

Die SVP Schweiz präsentiert ihre **Lagebeurteilung zur Entwicklung in der Schweizer Landwirtschaft** und zur Agrarpolitik des Bundes. Sie SVP setzt sich ein für die Erhaltung und Stärkung einer vielfältigen und multifunktionalen Schweizer Landwirtschaft. Die Produktion von Nahrungsmitteln im Inland erachtet die SVP als zentralen Beitrag für die Ernährungssouveränität unseres Landes.

Delegiertenversammlung in Zug (ZG) vom 28. August 2010

Kriminelle Ausländer sind auszuschaffen!

600 Personen, davon 415 Delegierte, treffen sich am 28. August in Baar um die Parolen für die Abstimmung vom 28. November 2010 zu fassen. Die Delegierten fällen mit 415 Ja-Stimmen für die Ausschaffungsinitiative und mit 416 Nein-Stimmen zum Verhinderungs-Gegenentwurf einstimmige Entscheide. Ebenso klar ist das Nein zur SP-Steuerinitiative, die mit 379 zu einer Stimme massiv abgelehnt wird.

Bei den **Ersatzwahlen** vom 29. August im **Kanton Schaffhausen** kann die SVP mit Ernst Landolt den Sitz des abtretenden Regierungsrats Erhard Meister erhalten.

Point de Presse der SVP vom 31. August 2010

Die Parteileitung hat die eingegangenen Nennungen für die Bundesratsersatzwahlen vom 22. September 2010 gesichtet. Mehrere Personen wurden gemeldet und wären bereit eine Wahl anzunehmen. Die Parteileitung schlägt dem Fraktionsvorstand und der Fraktion die Nomination von Nationalrat Jean-François Rime vor. Mit Jean-François Rime kann dem Parlament eine starke Unternehmerpersönlichkeit mit grosser Führungserfahrung aus dem Brückenkanton Freiburg empfohlen werden.

SEPTEMBER

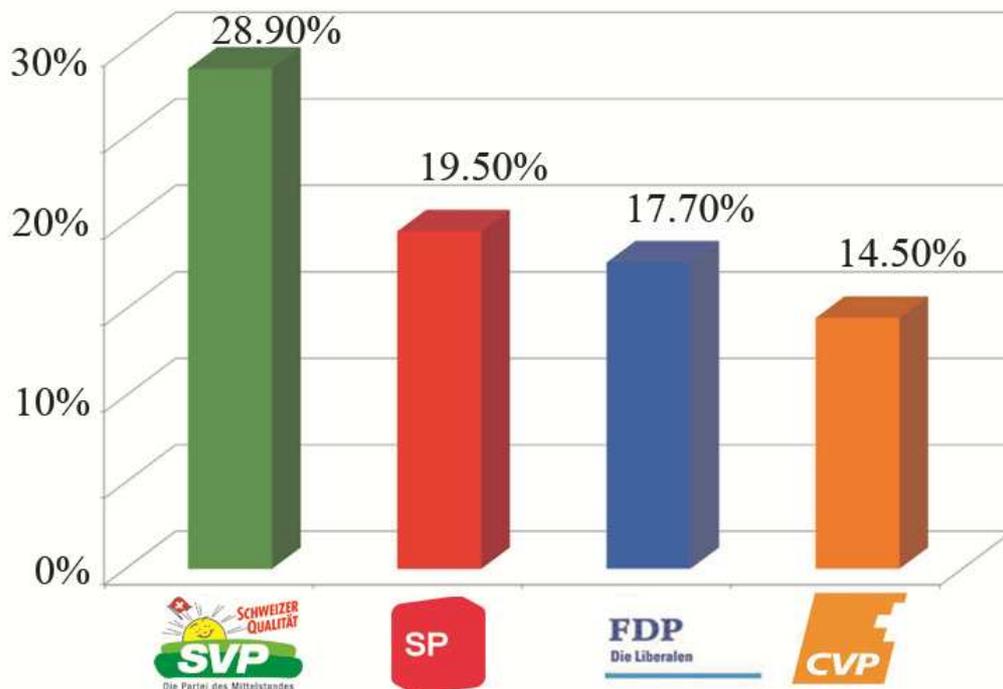
SVP-Fraktion nominiert Nationalrat Jean-François Rime für den Bundesrat:

Die SVP-Fraktion nominiert am 3. September 2011 einstimmig ihren Vizepräsidenten Jean-François Rime als SVP-Vorschlag für die anstehenden Bundesratsersatzwahlen. Mit Jean-François Rime präsentiert die SVP eine weit über die Parteigrenzen hinaus geachtete Unternehmerpersönlichkeit aus dem Kanton Freiburg. Der Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz im Bundesrat ist gemäss Konkordanz am besten ausgewiesen. Deshalb erwartet die SVP von den anderen Parteien, dass sie die Kandidatur von Jean-François Rime unterstützen. Entsprechend steht Jean-François Rime den anderen Fraktionen für Hearings zur Verfügung.

Bundesrats-Ersatzwahl vom 22. September 2010:

Das Parlament hat der SVP einmal mehr den berechtigten Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Landesregierung verwehrt und sich mit der Wahl einer SP-Vertreterin und eines FDP-Vertreter in den Bundesrat erneut über die Konkordanz hinweggesetzt. Der SVP-Kandidat, Nationalrat Jean-François Rime, wurde von der Fraktion bei beiden Wahlen wie angekündigt in den Schlussgang getragen.

Die SVP als wählerstärkste Partei und damit fast 30% der Bevölkerung sind in der Landesregierung weiterhin untervertreten. Die anderen Parteien haben gezeigt, dass ihnen Machterhaltung wichtiger ist als die Stabilität und die breite Akzeptanz der Landesregierung. Dieses Verhalten ist gegen das Wohl des Landes. Die SVP wird spätestens bei den Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates im Jahr 2011 ihren ausgewiesenen Anspruch auf einen zweiten Bundesratssitz erneut einfordern.



Herbstsession 2010 (13. September – 1. Oktober 2010)

1. Sessionswoche

Am ersten Tag der **ersten Sessionswoche** wird Marianne Streiff (EVP/BE) vereidigt, welche nach Walter Donzés Rücktritt in den Nationalrat nachgerutscht ist. Nach dem Bundesrat und dem Nationalrat empfiehlt auch der Ständerat die linke Volksinitiative "Schutz vor Waffengewalt" zur Ablehnung. Am Dienstag versenkt der Nationalrat die Mietrechtsrevision indem er zum zweiten Mal nicht darauf eintritt. Die Pa.Iv. der SVP, welche fordert, dass Schweizer Recht über geltendem Völkerrecht steht, lehnt der Nationalrat mit 117:62 Stimmen ab. Der Ständerat überweist am Dienstag mit 23:20 Stimmen gegen den Willen der SVP eine Motion des Genfer CVP-Nationalrats Luc Barthassat, welche fordert, dass jugendliche Sans Papiers in der Schweiz künftig eine Berufslehre absolvieren dürfen. Der Nationalrat hat der Motion im Frühling 2010 ebenfalls zugestimmt. Damit muss der Bundesrat das geltende Gesetz ändern. Die SVP wird daraufhin ein Referendum prüfen müssen. Der Nationalrat beschliesst am Mittwoch bei der Beratung der 11. AHV-Revision entgegen dem Willen der SVP, dass Frühpensionierungen nach der Erhöhung des Frauenrentenalters für eine befristete Zeit gezielt abgedeckt werden sollen.

2. Sessionswoche

Der Nationalrat bewilligt gegen den Willen der SVP die Teilnahme der Schweiz am europäischen Aussengrenzenfonds. Nachdem der Ständerat dieser Weiterentwicklung des Schengen-Rechts bereits zugestimmt hat, wird sich die Schweiz nun mit jährlich rund 15 Mio. CHF an diesem Solidaritätsfonds beteiligen. Der Ständerat beschliesst am Montag gegen den Willen der SVP, Sans Papiers nicht aus der obligatorischen Krankenversicherung auszuschliessen. Weiter bereinigt die kleine Kammer die letzten kleinen Differenzen bei der 11. AHV-Revision. Der Nationalrat stimmt

einer Einmaleinlage in den Infrastrukturfonds von 850 Mio. CHF zu. Am Mittwochmorgen wählt die Vereinigte Bundesversammlung Simonetta Sommaruga (SP/BE) und Johann N. Schneider-Ammann (FDP.Die Liberalen/BE) als Nachfolger für die zurückgetretenen Moritz Leuenberger und Hans-Rudolf Merz in den Bundesrat und bricht damit einmal mehr die Konkordanz. Der Kampfkandidat der SVP, Jean-François Rime, kommt in beiden Wahlen in den Schlussgang und erzielt jeweils ein sehr respektables Resultat. Der Nationalrat beschliesst am Mittwochnachmittag, die UVG-Revision an den Bundesrat zurückzuweisen. Nach dem Ständerat spricht sich auch der Nationalrat mit 96:51 Stimmen und Unterstützung der SVP für die ersatzlose Abschaffung der Velovignette aus. Der Ständerat befürwortet am Donnerstag verschiedene Strafrechtsverschärfungen. Er nimmt im Sinne der SVP zwei Motionen für mehr Effizienz im Strafvollzug an. Nichts wissen will die kleine Kammer hingegen von Schnellgerichten und lehnt stillschweigend eine Motion von Luzi Stamm (SVP/AG) ab, welcher der Nationalrat zugestimmt hat.

3. Sessionswoche

Der Nationalrat beschliesst mit 126:57 Stimmen, dem Stimmvolk die Volksinitiative "Jugend und Musik" zur Annahme zu empfehlen. Der Ständerat stimmt als Erstrat den Verpflichtungskrediten für die SBB und die Privatbahnen zu. Weiter lehnt der Ständerat die Landschaftsinitiative ab und folgt damit dem Bundesrat. Er stimmt jedoch einer Teilrevision des Raumplanungsgesetzes als indirektem Gegenvorschlag zu. Am Mittwochmorgen wählt die Vereinigte Bundesversammlung folgende Mitglieder in die neu geschaffene Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft: David Zollinger (SVP), Thierry Béguin, Giorgio Bomio, Thomas Fingerhuth, Niklaus Oberholzer, Hansjörg Seiler (SVP) und Carla Wassmer. Weiter werden Lucrezia Glanzmann-Tarnutzer (FDP) zur neuen Bundesrichterin und Stephen Berti (Sympathisant der Grünen) zum neuen nebenamtlichen Bundesrichter gewählt. Der Nationalrat lehnt am Mittwoch die vollständige Liberalisierung des Postmarkts mit 102:82 Stimmen entgegen dem Willen der SVP ab und hält am Restmonopol auf dem Versand von bis zu 50 Gramm schweren Briefen fest. Im Sinne der SVP beschliesst der Nationalrat, dass die Schweiz die Zusatzprotokolle zur Alpenkonvention nicht ratifizieren wird, indem er zum zweiten Mal nicht auf die Vorlage eintritt. Am Donnerstag folgt der Nationalrat in der Frage des Wolfschutzes dem Ständerat und überweist eine Motion, die verlangt, dass der Wolf in Zukunft wieder gejagt werden darf. Weiter spricht sich der Nationalrat mit 116:58 Stimmen gegen die von den Jungen Grünen lancierte Offroader-Initiative aus. Doch er beauftragt entgegen dem Willen der SVP seine Umweltkommission, einen indirekten Gegenvorschlag im Sinne des Bundesrates auszuarbeiten. Der Nationalrat nimmt am Freitag die Motion Aebi (SVP/BE) zur Milchmengensteuerung für marktgerechte Milchmengen mit 104:60 Stimmen an. In der Schlussabstimmung lehnt der Nationalrat die 11. AHV-Revision mit Unterstützung der SVP ab.

Volksabstimmung vom 26. September 2010

Das Schweizer Volk sagt mit 53.4% **JA** zur **Revision der Arbeitslosenversicherung**. Die SVP ist mit dem Ergebnis der Abstimmung zufrieden, auch wenn die Revisionsvorlage nicht vollauf befriedigt. Das JA ist in erster Linie ein Zeichen gegen Missbräuche und Fehlanreize bei der Arbeitslosenversicherung. Zudem haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein klares Votum gegen höhere Lohnabzüge abgegeben.



Immer mehr Ausländer kommen in die Schweiz, um von unseren Sozialwerken zu profitieren.

Mit einem JA zur Revision der Arbeitslosenversicherung am 26. September werden folgende Missbräuche beseitigt:

- Bisher hatten ausländische Arbeitslose bereits nach 12 Monaten bezahlten Beiträgen Anrecht auf 18 Monate Arbeitslosengeld. Neu können sie nicht mehr länger Arbeitslosengelder beziehen, als sie einbezahlt haben.
- Junge arbeitslose Ausländer müssen alle Arbeiten annehmen, die für sie zumutbar sind.
- Das im Ausland oft praktizierte Pendeln zwischen Beschäftigungsprogrammen und Arbeitslosigkeit wird unterbunden.

Deshalb: **JA** zur Sicherung der Arbeitslosenversicherung zum Kampf gegen Missbräuche!



SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, www.svp.ch Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat. Herzlichen Dank.

OKTOBER

Bei den **Gesamterneuerungswahlen 2010** im Kanton Zug hat die SVP mit einem sehr guten Resultat abgeschlossen. Der Wähleranteil kann von 19.8% auf 22.7% gesteigert werden. So ist die SVP mit 19 Kantonsräten (+2) und neu mit zwei Regierungsräten (+1, Stephan Schleiss neu) vertreten.

Pressekonferenz vom 4. Oktober 2010

„NEIN zum untauglichen Gegenentwurf zur Ausschaffungsinitiative“

Das überparteiliche Komitee „NEIN zum Gegenentwurf“ stellt in Bern die Argumente gegen den Verhinderungs-Gegenentwurf zur Ausschaffungsinitiative vor. Der Gegenentwurf des Parlaments taugt mit seinen fragwürdigen Zusatzartikeln in der Bundesverfassung nichts und ist konsequent abzulehnen. Der Gegenentwurf verhindert Ausschaffungen und verankert staatliche Integrationsmassnahmen in der Bundesverfassung.

Plakat des überparteilichen Komitees:



Ivan S., **Vergewaltiger**
bald Schweizer?

**Gegen-
entwurf**
NEIN

Ausschaffungsinitiative JA

www.kriminelle-nein.ch Überparteiliches Komitee Gegenentwurf NEIN PC 60-167674-9

Inserat des überparteilichen Komitees:

Das sind die Fakten:

**Mit der
Ausschaffungs-
initiative muss
er gehen!**



**Mit dem
Gegenentwurf
kann er bleiben!**

Das beweist die Statistik: Rund die Hälfte aller Straftäter in unserem Land sind Ausländer. Bei den Tötungsdelikten liegt der Ausländeranteil bei 59%, bei Vergewaltigungen bei 62%. 70% der Gefängnisinsassen in der Schweiz sind ausländischer Herkunft (Quelle: Bundesamt für Statistik).

Mit der Ausschaffungsinitiative ...

- werden ausländische Mörder, Vergewaltiger, Kindesmissbraucher und andere Kriminelle zwingend aufgrund ihrer Straftat aus der Schweiz ausgeschafft.
- wird es mehr Sicherheit und weniger Ausländerkriminalität im Land geben, weil gemäss Bundesamt für Migration jährlich 1480 Kriminelle ausgeschafft werden müssen.
- müssen jene Ausländer das Land verlassen, die sich nicht an unsere Regeln halten. Anständige Ausländer, die sich nichts zuschulden kommen lassen, sind davon nicht betroffen und profitieren ebenfalls von der Initiative.

Kriminelle Ausländer ausschaffen?
Ausschaffungsinitiative JA

Überparteiliches Komitee Gegenentwurf Nein

Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat. Herzlichen Dank.

Mit dem Gegenentwurf...

- entscheiden Richter und Behörden nach eigenem Ermessen, wer ausgeschafft wird und wer nicht!
- werden Ausschaffungen von kriminellen Ausländern mit Verweis auf fremdes Völkerrecht und internationale Konventionen verhindert.
- werden kriminelle Ausländer mit staatlichen Integrationsmassnahmen integriert statt ausgeschafft; so dass sie bald Schweizer werden können.
- können ausgewiesene Straftäter unter Umständen bereits nach einem Jahr wieder in die Schweiz einreisen!

Ausschaffungen verhindern?
Gegenentwurf NEIN

www.kriminelle-nein.ch

Pressekonferenz vom 5. Oktober 2010
„SVP für eine starke Milizarmee“

Die SVP präsentiert ihre Vorstellungen einer starken Milizarmee und stellt ein ent-

sprechendes Kurzpositionspapier vor. Die SVP steht zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und zu einer schlagkräftigen Armee, welche die Souveränität und Neutralität der Schweiz sicherstellen. Auf der Basis eines klar definierten Verteidigungsauftrags ist eine glaubwürdige und zukunftsfähige Milizarmee zu planen und umzusetzen. Am Milizprinzip und an der allgemeinen Wehrpflicht ist dabei unter allen Umständen festzuhalten. Der Armeebericht des Bundesrates gibt keine befriedigende Antwort auf die Aufgaben und Herausforderungen der Armee der Zukunft und ist deshalb abzulehnen.

Pressekonferenz vom 15. Oktober 2010

„SVP lanciert Abstimmungskampf "JA zur Ausschaffungsinitiative"

Die SVP lanciert ihren Abstimmungskampf „JA zur Ausschaffungsinitiative“. Viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich nicht mehr sicher im eigenen Land. Nicht nur ältere Menschen trauen sich abends nicht mehr aus dem Haus: Viele Jugendliche kennen Pöbeleien und Schlägereien im Alltag. Nahezu die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird von Ausländern verübt. Mit der SVP-Ausschaffungsinitiative werden Ausländer, die in unserem Land schwere Verbrechen begehen, endlich konsequent ausgewiesen und mit einer Einreisesperre von mindestens fünf Jahren belegt. Die SVP hat ihre Ausschaffungsinitiative im Februar 2008 mit rund 211'000 gültigen Unterschriften eingereicht.

Plakat der SVP:



Gegen Ausländerkriminalität

So stimmen Sie richtig!

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 28. November 2010

Die Fragen a) und b) können beide je mit «Ja» oder «Nein» beantwortet werden.

a) **Volksinitiative:**
Wollen Sie die Volksinitiative
«Für die Ausschaffung krimineller Ausländer
(Ausschaffungsinitiative)» annehmen?

Antwort: «Ja» oder «Nein»
JA

b) **Gegenentwurf:**
Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 10. Juni 2010
über die **Aus- und Wegweisung krimineller
Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der
Bundesverfassung** annehmen?

Antwort: «Ja» oder «Nein»
NEIN

Bei Frage c) darf nur ein Feld angekreuzt werden; sonst gilt die Frage als nicht beantwortet.

c) **Stichfrage:**
Falls sowohl die Volksinitiative «Für die Ausschaffung
krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» als auch
der Gegenentwurf (Bundesbeschluss vom 10. Juni 2010
über die Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen
und Ausländer im Rahmen der Bundesverfassung) von
Volk und Ständen angenommen werden:
Soll die **Volksinitiative**
oder der **Gegenentwurf** in Kraft treten?

Antwort: Gewünschtes
im betreffenden Feld
ankreuzen

Sa:

Benutzen Sie bitte Ihren Original-Stimmzettel
und füllen Sie diesen von Hand aus.
Vergessen Sie nicht, den Stimmrechts-
ausweis im Wahlcouvert
zu unterschreiben.

Volksinitiative **Gegenentwurf**

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern
Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat. Herzlichen Dank.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Sonderparteitag in Liestal BL vom 23. Oktober 2010

Thema: Bildung

Lehrpläne sind dazu da, klare, überprüfbare und zu erfüllende Leistungsanforderungen für Schülerinnen und Schüler jeder Altersstufe festzulegen. Der Lehrplan hält fest, was die Lehrer mit ihren Klassen pro Jahrgang zu erreichen haben, welche ihrem Alter angepassten Leistungen die Schülerinnen und Schüler zu erbringen in der Lage sein müssen. Zielerreichung ist dabei Voraussetzung für die Promotion in die nächsthöhere Klasse. Die Delegierten der SVP und viele Bildungsinteressierte treffen sich in Liestal (BL) zu einem Sonderparteitag zum Thema Bildung und verabschieden den Forderungskatalog der SVP.

Am 24. Oktober wählt der **Kanton Jura** seine Grossräte. Die SVP erkämpft sich einen zusätzlichen Sitz und kommt somit neu auf 4 Sitze. Die SVP kann ihre Wählerstärke um 3.1% auf 9.6% erhöhen.

Pressekonferenz vom 25. Oktober 2010

„Entwurf des SVP-Parteiprogramms 2011-2015: Schweizer wählen SVP“

Die SVP stellt in Bern den Entwurf für das neue Parteiprogramm 2011-2015 vor. Das Programm gibt einen Überblick über die Positionen der Partei zu verschiedenen politischen Themen. Die SVP steht ein für die Schweiz. Deshalb ist das Programm geprägt vom Einsatz für eine sichere Zukunft in Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand. Der Wahlkampf 2011 steht unter dem Motto: „Schweizer wählen SVP“.

Schweizer wählen SVP



Mein Zuhause – Unsere Schweiz

NOVEMBER

Pressekonferenz vom 2. November 2010

„Lehrplan der SVP“

Die SVP legt den Medien einen 96-seitigen detaillierten Lehrplan als Gegenprojekt zum Lehrplan 21 vor. Der SVP-Lehrplan, der von einer parteiinternen Lehrerarbeitsgruppe erarbeitet wurde, definiert die zu erreichenden Leistungsziele, lässt den Lehrern den Weg zur Zielerreichung hingegen frei. Der Lehrplan der SVP orientiert sich an der Leistung, nicht an der Gleichmacherei. Berufsverbände und Unternehmen definieren, was sie von den Schulabgängern erwarten, die Schule hat die Schüler darauf vorzubereiten, mit jährlichen Abschlussprüfungen und Noten. Der Lehrplan der SVP ist Werkzeug für den Lehrer im Alltag. Für folgende Fächer wurden je mehrseitige Lehrpläne bzw. Unterrichtsleitungen erarbeitet: Mathematik, Deutsch, Fremdsprachenunterricht, Geschichte, Realien, Werken und Sexualkunde.

Pressekonferenz vom 9. November 2010

„Volksbefragung zur Ausländer- und Asylpolitik erfolgreich“

Die SVP gibt die Resultate der am 1. August 2010 lancierten Volksbefragung zur Asyl- und Ausländerpolitik bekannt. Es haben über 70'000 Bürgerinnen und Bürger an der Volksbefragung teilgenommen. Die differenzierten Antworten machen deutlich, dass 90% der Teilnehmenden die lasche Gangart im Asyl- und Ausländerbereich nicht länger akzeptieren wollen. Die wichtigsten Resultate: Knapp 70% wollen eine konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer, 64% wollen eine konsequente Wegweisung von illegal anwesenden Personen und die Einführung der Einbürgerung auf Probe.

28. November 2010: Volksabstimmungen

JA zur Ausschaffungsinitiative NEIN zum Gegenentwurf

Das Stimmvolk erteilt mit **52.9% JA-Stimmen zur Ausschaffungsinitiative** einen klaren Auftrag. Kriminelle Ausländer sollen konsequent weggewiesen und ausgeschafft werden. Mit dem heutigen JA zur SVP-Ausschaffungsinitiative und einem NEIN-Anteil von 54.2% zum Gegenentwurf ist ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Sicherheit getan. Die Initiative muss künftig konsequent auf Gesetzesstufe umgesetzt werden. Die SVP wird dabei insbesondere die Mitte-Parteien an ihre vollmundigen Versprechen erinnern, die Ausländerkriminalität „hart“ zu bekämpfen. Sie haben nun den Tatbeweis zu erbringen. Die SVP wird alles daran setzen, dass die Umsetzungsgesetzgebung von Bundesrat und Parlament möglichst schnell und korrekt erarbeitet wird. Die SVP verlangt vom Bundesrat, dass er bis zum Sommer 2011 einen Vernehmlassungsentwurf vorlegt.

Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative)»

Mit 58.5% erteilen die Stimmberechtigten der **SP-Steuerinitiative eine klare Absage**. Mit ihrem Entscheid haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Umsetzung des sozialistischen Programms der SP eine Absage erteilt. Der heutige Entscheid des Souveräns ist ein klares Bekenntnis zu tiefen Steuern für alle und zum Föderalismus. Optimierungen im Steuerbereich müssen nun an die Hand genommen werden

Inserat der SVP

Mehr Steuern zahlen?



Die SP-Steuerinitiative führt direkt zu Steuererhöhungen in 16 Kantonen. Danach müssen in allen anderen Kantonen die Steuern nach oben angepasst werden. Die Folge:

- **Wir alle müssen mehr Steuern zahlen!**
- **Die Kantone können nicht mehr selber über ihre Steuern bestimmen!**
- **Die Schweiz verliert an internationaler Konkurrenzfähigkeit!**
- **Arbeitsplätze gehen verloren!**
- **Wohlstand und Wachstum werden zerstört!**

Deshalb:
SP-Steuerinitiative
NEIN

Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat.
Herzlichen Dank.



Wintersession 2010 (29. November - 17. Dezember 2010)

1. Sessionswoche

Am ersten Tag der ersten Sessionswoche werden Sebastian Frehner (SVP/BS), Peter Flück (FDP/BE) und Elisabeth Schneider (CVP/BL) vereidigt. Frehner folgt auf Jean Henri Dunant, Flück auf Johann Schneider-Ammann und Schneider auf Kathrin Amacker. Jean-René Germanier (FDP/VS) wird zum Nationalratspräsidenten gewählt. Erster Vizepräsident wird Hansjörg Walter (SVP/TG), zweite Vizepräsidentin Maya Graf (Grüne/BL). Der Ständerat wählt Hansheiri Inderkum (CVP/UR) zu seinem Präsidenten, Hans Altherr (FDP/AR) zum ersten und Filippo Lombardi (CVP/TI) zum zweiten Vizepräsidenten. Der Ständerat lehnt ein spezielles Pädophilenregister und härtere Strafen bei Vergewaltigungen ab, nachdem der Nationalrat diesen Vorstössen von Natalie Rickli noch Folge gegeben hatte. Der Nationalrat spricht sich in der Budgetdebatte dagegen aus, die Entwicklungshilfe auszubauen und streicht deshalb 134 Mio. CHF aus dem Voranschlag. Weiter stimmt nach dem Ständerat auch der Nationalrat einem Bundesbeschluss zu, welcher der UBS die Kosten von rund 40 Mio. CHF, die das Amtshilfeverfahren mit den USA verursacht hat, verrechnen will. Hingegen lehnt der Nationalrat gegen den Willen der SVP eine parlamentarische Initiative der SiK-NR ab, welche die Wiedereinführung der Gewissensprüfung bei der Rekrutierung für den Zivildienst forderte. IV-Renten, die ins Ausland gehen, sollen der Kaufkraft des Ziellandes angepasst werden. Der Nationalrat gibt einer parlamentarischen Initiative der SVP mit 83:81 Stimmen Folge. Der Ständerat setzt in der Debatte über neue Atomkraftwerke ein erstes Zeichen, indem er mit 24:11 Stimmen eine Ständesinitiative des Kantons Basel-Stadt ablehnt, die den Verzicht auf neue AKW fordert.

2. Sessionswoche

Der Nationalrat vollzieht eine Kehrtwende und lehnt ein landesweites Hundegesetz mit 95:81 Stimmen ab. Nach fünf Jahren Gesetzgebungsarbeit ist die Vorlage damit vom Tisch. Schärfere kantonale Regelungen behalten ihre Gültigkeit. Der Nationalrat will die Landwirtschaft 2012 und 2013 mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen als der Bundesrat, nämlich 6,858 Mrd. CHF. Der Löwenanteil entfällt auf Direktzahlungen. Ein Antrag der SVP, die Zahlungen auch bereits für 2014 und 2015 festzuschreiben, scheiterte knapp. Weiter stimmt der Nationalrat den Änderungen des CO₂-Gesetzes zu, die als indirekter Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative dienen sollen. Bis 2015 sollen neu zugelassene Autos durchschnittlich nur noch 130 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstossen dürfen. Weiter hat der Ständerat das Budget zu Ende beraten und mit einem Defizit von 632 Mio. CHF einstimmig gutgeheissen. Von den vier Differenzen zum Nationalrat betrifft die grösste die Entwicklungshilfe, bei welcher der Ständerat keine Abstriche machen will. Als Erstrat hat die kleine Kammer das Sanierungskonzept der SBB-Pensionskasse gutgeheissen. Es sieht einen Beitrag des Bundes von 1,145 Mrd. CHF vor. Die Sofortmassnahmen von 2008 für den besseren Einlegerschutz bei Bankenpleiten werden bis 2012 verlängert. National- und Ständerat heissen die entsprechende Dringlichkeitsklausel gut. Die Vereinigte Bundesversammlung wählt Micheline Calmy-Rey mit nur 106 von 189 gültigen Stimmen zur Bundespräsidentin. Dies ist das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der Bundespräsidentenwahl. Eveline Widmer-Schlumpf wurde mit 146 von 222 gültigen Stimmen zur Vizebundespräsidentin gewählt. Der Nationalrat beschliesst, im Rahmen der Budgetdebatte teilweise auf den Kurs des Ständerats einzuschwenken und gibt entgegen der Haltung der SVP den Widerstand gegen den

Ausbau der Entwicklungshilfe auf. Der Ständerat genehmigt als Erstrat zusätzliche Entwicklungshilfe-Rahmenkredite im Umfang von 640 Mio. CHF für die Jahre 2011 und 2012.

3. Sessionswoche

Der Ständerat beschliesst, dass die Schweiz an Rettungsmassnahmen des IWF teilnehmen soll, falls neue Staaten in Bedrängnis geraten. Mit 27:3 Stimmen stimmt er auch einer Aufstockung des Schweizer Beitrages an die Neuen Kreditvereinbarungen des IWF von derzeit 2,5 auf etwa 16,5 Mrd. CHF zu. Ausserdem will der Ständerat, dass die Schweizerische Nationalbank dem IWF ein Darlehen von rund 950 Mio. CHF für die Armutsbekämpfung zur Verfügung stellt. Weiter verabschiedet der Ständerat den indirekten Gegenvorschlag zur Initiative gegen die Abzockerei. Er verzichtete darauf, die Vorlage aufzuweichen und reichert sie zudem mit einer Boni-Regulierung an, indem er sich gegen den Willen der SVP für eine neue Steuer für Bezüge über 3 Mio. CHF ausspricht. In Verlustjahren sollen so hohe Boni zudem unzulässig sein. Der Nationalrat weist die Vorlage für einen Einheitssatz in der MwSt. zurück mit dem Auftrag, ein System mit zwei Sätzen und Ausnahmen auszuarbeiten. Die beiden Räte beschliessen, dass die Schweizer Bahnen 2011 und 2012 insgesamt 4,741 Mrd. CHF für Investitionen in die Infrastruktur erhalten. In der Vorlage zur Förderung von medizinischen Versorgungsnetzen schafft der Ständerat gewichtige Differenzen. Er will Krankenkassen nicht zwingen, Managed Care anzubieten und Patienten mit einem tieferen Selbstbehalt belohnen, wenn sie sich solchen Modellen anschliessen. Beim Budget 2011 räumt der Ständerat die Differenzen zum Nationalrat aus, womit ein Defizit von 646 Mio. CHF budgetiert ist. Dies sind 52 Mio. CHF mehr als vom Bundesrat vorgeschlagen. Die Milchbauern erhalten 45 Mio. mehr als vom Bundesrat vorgesehen. Der Nationalrat heisst den ersten Teil der 6. IV-Revision gut. Behinderten-Quoten für Unternehmen lehnt er ab, Renten von Personen mit einem Schleudertrauma oder anderen organisch nicht erklärbaren Krankheitsbildern sollen überprüft werden. Das revidierte Raumplanungsgesetz ist der indirekte Gegenvorschlag zur Initiative "Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen" und bildet die flankierenden Massnahmen zur Abschaffung der Lex Koller. Weiter nimmt der Ständerat mit 17:16 Stimmen eine Motion von Christoffel Brändli an, die will, dass die Zuwanderung im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit besser gesteuert wird. Der Nationalrat beschliesst, dass die Integration von Ausländern landesweit vereinheitlicht werden soll und heisst eine Motion der SPK für ein Integrationsrahmengesetz trotz Widerstandes der SVP gut. In der Schlussabstimmung heisst der Nationalrat 15 Vorlagen gut, darunter das Postgesetz und das Postorganisationsgesetz.

DEZEMBER

Pressekonferenz vom 1. Dezember 2010

„Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Gefahr“

Die SVP ist tief besorgt über die Entwicklungen der letzten Wochen. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird systematisch verletzt und durch linke Chaoten bedroht. Die Behörden bleiben dabei weitgehend passiv. Nach der Verhinderung des SVP-Programmparteitages in Lausanne kommt es nun auch zu Übergriffen auf die Arbeitsräume der SVP. Die SVP soll an der Ausübung ihrer politischen Tätigkeit gehindert werden. Die SVP nimmt die Verletzung der Meinungs- und Versammlungs-

freiheit als zentrale demokratische Grundrechte nicht hin. Sie ruft die Behörden aller Ebenen auf, diesen demokratiefeindlichen Machenschaften ebenfalls entgegenzutreten. Die SVP fordert eine dringliche Debatte zu diesem Thema in der laufenden Session der Eidgenössischen Räte und hat deshalb auch einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

Programmparteitag in Gland (VD) vom 4. Dezember 2010 „Parteiprogramm 2011 - 2015“

Der Programmparteitag wurde im Vorfeld von unschönen Szenen überschattet. Chaoten aus dem linken Lager haben mit Erfolg interveniert, als sich die SVP in Lausanne versammeln wollte. Die Behörden duldeten dies und trugen mit ihrem Verhalten dazu bei, dass die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit massiv beschnitten wurde. Infolgedessen wird der Programmparteitag trotz winterlichen Temperaturen in Coinsins (VD) unter freiem Himmel mit rund 800 Delegierten und Gästen abgehalten.



Die Delegierten verabschieden in Gland das Parteiprogramm 2011-2015. Mit 25 Kapiteln auf 84 Seiten dürfte es sich um das umfassendste Parteiprogramm handeln, das die SVP in ihrer Geschichte erarbeitet hat. Die Kantonalparteien und die Delegierten haben im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens insgesamt 156 Änderungsanträge zum Programm gestellt. Diese sind im Rahmen der Sitzungen des Leitenden Ausschusses, des Zentralvorstandes und dann am Programmparteitag in Gland bereinigt worden. Dabei werden unter anderem die Forderungen nach einer Kündigung des Schengen-Vertrags und einer konsequenten Durchsetzung der Gesetze im Zusammenhang mit Sans-Papiers zusätzlich ins Programm aufgenommen.



Pressekonferenz vom 30. Dezember 2010 „Schengen ist ein Desaster“

Das Schengen-Projekt, einen mit den unterschiedlichsten Staaten organisierten grossen einheitlichen Sicherheitsraum zu konstruieren, scheitert täglich an der Umsetzung. Das Projekt gleicht einer immer teurer werdenden Illusion. In der Zwischenzeit müssen wir hinnehmen, dass der Zustrom von Personen ohne gültige Papiere oder mit gefälschten Visa über die ungesicherten Grenzen in unser Land stetig zunimmt, und dass Banden aus dem grenznahen Ausland regelrechte Raubzüge in der Schweiz unternehmen und sich über die unkontrollierten Grenzen wieder ins Ausland absetzen. Hinzu kommen ein Kompetenzenchaos zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeikorps, die Preisgabe von Gesetzgebungshoheit, die massiven Sicherheits- und Finanzierungsprobleme beim Fahndungssystem SIS sowie massiv höhere Kosten als bei der Volksabstimmung in Aussicht gestellt. Wenn man die Vorteile von Schengen den Nachteilen gegenüberstellt, gibt es nur eine Antwort: Neuverhandlung oder Kündigung. Der angebliche Sicherheitsraum Schengen ist zum gefährlichen Unsicherheitsraum geworden.

2. SVP-Frauen Schweiz

Jahresbericht 2010 der SVP Frauen Schweiz

März

Der Vorstand der SVP Frauen Schweiz trifft sich zu vier Sitzungen. Unter anderem werden folgende wegweisende Entscheide gefällt:

Parolenfassung zu den Abstimmungen vom *7. März 2010*: Nein zum Verfassungartikel Forschung am Menschen, Nein zur Tierschutzanwaltschaft- Initiative und Ja zur Anpassung des Mindestumwandlungssatzes. Dazu wird ein Pressebericht verfasst.

Am *16. März 2010* wird in Yverdon die Gruppe „Femmes UDC Romande“ gegründet. Präsidentin ist Nationalrätin Alice Glauser die auch Vorstands- und Verbindungsmitglied der SVP Frauen Schweiz ist. Damit soll die oft schwierige Sprachbarriere an den Plenarversammlungen gemildert werden und die Kräfte der SVP Frauen in der Romandie besser bündeln.

Wahlstrategie 2011: Verdoppelung der Nationalratsmandate der SVP Frauen von fünf auf zehn. Organisation von Wahlkampfveranstaltungen durch die SVP Frauen in den Schwerpunktkantonen, Einreichung eines entsprechenden Antrages an die Parteileitung.

Parteiprogramm 2011-2015: Klares Bekenntnis zum Abschnitt „Mensch im Mittelpunkt“

Die Delegierten treffen sich zu vier Plenarversammlungen. Es wird ihnen in Bern das Positionspapier „das Übel an der Wurzel packen“ („Saisir le mal à la racine“), verfasst unter Mitarbeit der Nationalrätinnen Flückiger, Geissbühler und Rickli, sowie Rita Gygax und Dr. Aliko Panayides, vorgestellt. Frau Manuela Griffel, Jugendbeauftragte bei der Kantonspolizei Zug, spricht im Klartext von ihrer wichtigen täglichen Arbeit mit auffälligen Jugendlichen. Zum Positionspapier wird ein Flyer gedruckt in d und f. Das Positionspapier ist unter www.svp.ch, Organe > SVP Frauen Schweiz einzusehen.

Juni

Die Delegierten Gäste sind bei der Rhenus AG in Basel. In eindrücklichen Referaten von Herrn Direktor Peter Wiedmer und Herr Nationalrat Christoph von Rotz erfahren die Anwesenden wichtiges zum heutigen und zukünftigen Gütertransport.

August

Die Plenarversammlung fällt zusammen mit der Schweizerischen Delegiertenversammlung in Zug. Frau Nationalrätin Yvette Estermann und Herr Gregor Rutz orientieren zu Ausschaffungsinitiative. Nach lebhafter Diskussion wird die „doppelte“ Ja-Parole einstimmig gefasst. In der Confiserie Speck wird über die Zuger Kirschtorten-Produktion orientiert. Am Abend nehmen die Delegierten am Empfang der Behörden teil.

November

Die Plenarversammlung findet im Fraktionszimmer der SVP im Bundeshaus Bern statt. Bei einem Rekordbesuch werden die Anwesenden auf die bevorstehenden Wahlen 2011 eingestimmt. Silvia Bär, Leiterin des Wahlkampfes 2011 erläutert in

klaren Worten die Wahlkampfstrategie 2011. Als Überraschungsgast erscheint Parteipräsident Toni Brunner und unterstreicht einmal mehr, wie wichtig es ist, bürgerliche Frauen in allen politischen Gremien zu wissen. Er schätzt die Arbeit der SVP Frauen und verdankt sie mit offenen und ehrlichen Worten. Im zweiten Teil der Veranstaltung wird einstimmig die Nein-Parole zur kommenden Abstimmung (Februar 2011) zur Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“ gefasst. Das Referat dazu hält Frau Nationalrätin Sylvia Flückiger. Eine Pressemeldung folgt im Januar 2011.

3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion werden im Berichtsjahr **38 Fraktionsvorstösse, 28 Parlamentarische Initiativen, 92 Motionen, 24 Postulate, 161 Interpellationen und 34 Einfache Anfragen** eingereicht. Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

4. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2010 hat die SVP an **62 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Totalrevision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1989 über die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit (Jugendförderungsgesetz JFG)
- Änderung der Verrechnungssteuer- und der Stempelabgabeverordnung
- Ordentliche Revision des Heilmittelgesetzes, 2. Etappe
- Änderung der Verordnung vom 31. August 1983 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIV; SR 837.02)
- Bundesgesetz über die Besteuerung des privaten Wohneigentums (Wohneigentumsbesteuerung): Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“ des Hauseigentümergebietes (HEV)
- 08.432 Parlamentarische Initiative. Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen
- Zukunft der nationalen Infrastrukturnetze in der Schweiz
- Änderung der Luftreinhalteverordnung – Übernahme der Abgasvorschriften der Europäischen Gemeinschaft für Arbeitsgeräte
- Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation (Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz FIFG)
- Änderung des Strafgesetzbuchs und des Militärstrafgesetzes betreffend die organisierte Suizidhilfe
- 05.412 Parlamentarische Initiative Unrechtmässige Verwendung von Vermögenswerten, die durch nicht arglistige Täuschung erlangt wurden. Strafverfolgung
- Umsetzung und Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels. Bundesgesetz über den ausserprozessualen Zeugenschutz (Zeugenschutzgesetz, ZeugSG)
- Bundesgesetz über die polizeilichen Aufgaben des Bundes (PolAG)
- Genehmigung und Änderung der Aarhus-Konvention und Änderung des Umweltschutzgesetzes
- Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes
- 08.520 Parlamentarische Initiative. Abschaffung der Fahrradnummer
- Entwurf zur Änderung des Asylgesetzes und des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer in Bezug auf den Ersatz von Nichteintretensscheidungen

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Vorsorgeausgleich bei Scheidung)
- Bundesgesetz über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (RuVG)
- Massnahmen zur Verringerung der Mikroverunreinigungen in den Gewässern zum Schutze des Ökosystems und des Trinkwassers. Änderung der Gewässerschutzverordnung
- Änderung des Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel (Börsendelikte und Marktmissbrauch)
- Verordnung über die Amtshilfe nach Doppelbesteuerungsabkommen (ADV)
- Anhörung zur Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft
- Teilrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG, SR 520.1)
- Konsolidierungsprogramm 2011-2013 (KOP 2011/13) und Bericht zur Umsetzung der Aufgabenüberprüfung des Bundes
- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz
- Revision der Vertikalbekanntmachung
- Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen 2008-2011
- Entwurf des Armeeberichts 2010
- Bundesgesetz über das Messwesen
- Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten
- Totalrevision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs
- Revision der Eigenmittelverordnung (ERV)
- Genehmigung und Umsetzung des UNO-Feuerwaffenprotokolls (Vorlage I) und Änderung des Waffengesetzes (Vorlage II)
- Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1990 über die Bezeichnung der im Bereich des Umweltschutzes sowie des Natur- und Heimatschutzes beschwerdeberechtigten Organisationen (VBO)
- Schutz und Nutzung der Gewässer, Verordnungsänderungen

- Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten / Änderung des Tierseuchengesetzes / Änderung des Tierschutzgesetzes
- Anpassung von Verordnungen aufgrund der Einführung biometrischer Daten im Ausländerausweis
- 06.490 Parlamentarische Initiative. Mehr Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten. Änderung von Artikel 210 OR
- Revision des Finanzkontrollgesetzes (FKG)
- Revision des Bundesgesetzes über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour)
- Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes zur Umsetzung von Artikel 123b BV über die Unverjährbarkeit sexueller und pornographischer Straftaten an Kindern vor der Pubertät.
- Änderung des Bundesgesetzes über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen (Embargogesetz, EmbG)
- Revision der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE)
- Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Änderung des Sanktionenrechts)
- Invalidenversicherung – 6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket (Revision 6b)
- Totalrevision des Alkoholgesetzes: Entwurf eines Spirituosensteuergesetzes und eines Alkoholgesetzes
- Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) Objektblatt Flughafen Zürich
- Verordnung über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr
- Rechtliche Grundlagen für die Errichtung von Umweltzonen
- Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen
- Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012-2015
- Entwurf einer allgemeinen Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung (zur Umsetzung der Motion 05.3232)
- Sachplan geologische Tiefenlager, Etappe 1
- Revision der Betäubungsmittelverordnungen
- Bundesgesetz über eine Teilrevision des Obligationenrechts (Verzugszins)

- Verordnung über das Starten und Landen mit Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen (Aussenlandeverordnung, AuLaV)
- Bundesgesetz über die Harmonisierung der Strafrahmen im Strafgesetzbuch, im Militärstrafgesetz und im Nebenstrafrecht
- Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand
- 09.074 Pa.Iv. UREK-SR. Flexibilisierung Waldflächenpolitik
- Vorentwurf für eine Verordnung über die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern (KiBeV; Kinderbetreuungsverordnung)
- 10.459 Pa.Iv. «Eigene vier Wände dank Bausparen» und «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bausparinitiative)»

5. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2010 veröffentlicht die SVP folgende **Positionspapiere**:

März 2010	Kurzpositionspapier der SVP zum Bankkundengeheimnis
April 2010	Für eine sichere und günstige Stromversorgung
Juni 2010	Wie weiter in der Libyen-Krise?
Oktober 2010	Für eine starke Milizarmee
Oktober 2010	Der Weg zur leistungsorientierten Volksschule
November 2010	SVP-Lehrplan
Dezember 2010	Die Schweiz im Schengen-Raum: eine Bilanz nach zwei Jahren

6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen

2010 veröffentlicht die SVP inkl. SVP-Frauen, SVP-Senioren und SVP International **141 Pressecommuniqués** (Vorjahr 163). Neu erhalten Abonnenten Mailings, worin die SVP ihre Communiqués und Mitteilungen direkt per E-Mail an den Leser schicken kann. Seit Juli 2009 wird ein wöchentliches Editorial zu einem aktuellen Thema in Form eines elektronischen Newsletters publiziert. Die **Parteizeitschrift „Klartext“** erscheint weiterhin monatlich. Seit dem Sommer 2010 erscheint die Parteizeitschrift auch auf Französisch unter dem Namen „Franc-parler“. Die Auflage tendiert Ende 2010 gegen 60'000 Exemplare in deutscher und 10'000 in französischer Sprache.

Im Jahr 2010 führt die SVP zehn **Medienkonferenzen** durch:

- 26.01.2010 „Familieninitiative – jetzt unterschreiben!“
- 10.03.2010 „SVP Parteileitung und Komitee der Volksinitiative gegen die Abzockerei einigen sich im Aktienrecht“
- 19.04.2010 „Für eine sichere und günstige Stromversorgung“
- 27.07.2010 „SVP lanciert Volksbefragung zur Asyl- und Ausländerpolitik“
- 11.08.2010 „Stopp der Zerstörung der Schweizer Landwirtschaft“
- 04.10.2010 „Nein zum Gegenentwurf zur Ausschaffungsinitiative“
- 05.10.2010 „Für eine starke Milizarmee“
- 15.10.2010 „SVP lanciert Abstimmungskampf „JA zur Ausschaffungsinitiative“
- 25.10.2010 „Entwurf des Parteiprogramms 2011 – 2015: Schweizer wählen SVP“
- 02.11.2010 „Lehrplan der SVP“
- 09.11.2010 „Auswertung Volksbefragung zur Ausländer- und Asylpolitik“
- 01.12.2010 „Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Gefahr“
- 31.12.2010 „Schengen ist ein Desaster“

7. Internet

2010 produziert die SVP **13 Internet-TV-Beiträge** auf Deutsch und ebenso viele auf Französisch (je 19 im Vorjahr). Die Beiträge verzeichnen insgesamt **78'637 Besucher auf Deutsch** (67'287 im Vorjahr) **und 14'516 Besucher auf Französisch** (12'342 im Vorjahr).

Die SVP-**Facebook-Gruppe** kommuniziert regelmässig Aktualitäten. Bis am 31.12.2010 treten unserer Gruppe **1'983 Mitglieder** bei (646 Mitglieder mehr als im Vorjahr).

Vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 werden **559'015 Besuche auf www.svp.ch** registriert (273'921 im Vorjahr seit 01.08.2009). Das sind durchschnittlich **1'531 Besuche pro Tag** (1'767 im Vorjahr). Die Frontseite ist die meistbesuchte Seite (519'824 Besuche) gefolgt von den Parolen, der Volksinitiative, den Kantonalparteien und der Kampagnen-Seiten. In den Top Ten finden sich auch die Anmeldemaske für eine Mitgliedschaft, die Pressecommuniqués und der Shop (je zwischen 20'000 und 35'000 Besuche).

II. PARTEIORGANE

1. Delegiertenversammlungen

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus **761** Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2010 finden 4 Delegiertenversammlungen sowie ein Sonderparteitag und ein Programmparteitag statt:

Delegiertenversammlung vom 23. Januar in Stans (NW) **„Sicherung unserer Energieversorgung“**

Genügend preiswerter Strom für alle!

Eine sichere, günstige und umweltfreundliche Stromversorgung für Bevölkerung und Wirtschaft war stets ein Standortvorteil der Schweiz. Dieser Standortvorteil ist heute bedroht, weil eine Erneuerung der Produktionsanlagen teilweise verschleppt und der Strom von der Politik unnötig verteuert wird.

Parolenfassung

Der Zentralvorstand empfiehlt nach intensiver Diskussion mit **40:11** bei 2 Enthaltungen ein **JA zum Umwandlungssatz bei der beruflichen Vorsorge**. Nur mit einer Anpassung des Umwandlungssatzes an die gestiegene Lebenserwartung können die Renten auch in Zukunft gesichert werden. Das bewährte Drei-Säulen-Prinzip in der Altersvorsorge ist im Gleichgewicht zu halten. Dies ist insbesondere im Interesse der heutigen und künftiger Generationen.

Der Zentralvorstand **lehnt** den Bundesbeschluss zu einem Verfassungsartikel über die **Forschung am Menschen mit 57:1 bei 1 Enthaltung ab** und empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein **NEIN**. Das Parlament hat zu viele Regelungen in den Verfassungsartikel gepackt, welche auch auf Gesetzesstufe hätten festgeschrieben werden können. Damit ist der Verfassungsartikel zu einengend und letztlich forschungsfeindlich.

Die Volksinitiative „Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)“ **lehnt** der Zentralvorstand **einstimmig ab**. Die Initiative ist unnötig und durch die neue Tierschutzgesetzgebung überholt. Tierleid muss mit Prävention und Kontrolle verhindert werden, bevor es entsteht. Dafür braucht es keinen „Tieranwalt“ und keine Aufblähung der Bürokratie. Deshalb ist ein NEIN zur Initiative angezeigt.

Delegiertenversammlung vom 1. Mai in Näfels (GL) **„Ausländerkriminalität und ihre Ursachen“**

Die Delegierten der SVP Schweiz treffen sich am 1. Mai 2010 **in Näfels** (GL). Im Zentrum der **Delegiertenversammlung** steht die steigende Ausländerkriminalität sowie die zunehmende Tendenz sogenannte „Sans Papiers“ zu legalisieren. All das sind Folgen einer nicht kontrollierten Einwanderung, die sich seit dem Schengenbeitritt der Schweiz im Jahr 2008 weiter verschärft hat. Im Zentrum dieser Delegiertenversammlung steht deshalb die Frage nach der Sicherheit und der Wahrung der Unabhängigkeit unseres Landes. Die Delegierten **verabschieden die Resolution**

„Sicherheit für die Bürger – Stopp der Ausländerkriminalität!“ mit 398 zu 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Weiter werden die **Parteileitung** und der **Zentralvorstand einstimmig für zwei weitere Jahre bestätigt**. **Toni Brunner** wird bei einer Gegenstimme ebenfalls glanzvoll **wiedergewählt**.

Jasmin Hutter wird **als Vizepräsidentin verabschiedet**. An Ihre Stelle hat die Delegiertenversammlung die Bernerin **Nadja Pieren**, Präsidentin der SVP Burgdorf, mittels einfachem Mehr von 177 Stimmen in die Parteileitung **gewählt**.

Delegiertenversammlung vom 26. Juni in Delémont (JU)

„Das gescheiterte Europa und die Folgen für die Schweiz“

Parolenfassung

Die Delegierten der SVP Schweiz fassen mit **240 zu 2 Stimmen die Ja-Parole zur Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV)**. Die Delegierten unterstützen diese Revision, da eine Erhöhung der Lohnabzüge um +0.5 % den wirtschaftlichen Aufschwung in der Schweiz gefährden würde und auch die arbeitenden Personen und Familien mit tiefen Einkommen übermässig in die Pflicht nehmen würden. Die Revision selber belastet die Lohnabzüge zwar mit +0.2% ebenfalls, aber bedeutend weniger. Ein Ja zur Revision beseitigt einige Fehlanreize und beschleunigt den Wiedereingliederungsprozess. An den Grundleistungen der ALV wird hingegen nicht gerüttelt. Die 4. ALV-Revision ist ein erster Schritt zur Sicherung und Sanierung der ALV, damit wir in der Schweiz auch künftig von den guten Leistungen dieses Sozialwerks profitieren können.

Weiter wird über die **Schweiz und die EU debattiert**. Christoph Blocher spricht die Unabhängigkeit der Schweiz und die Fehlkonstruktion der EU, und Dominique Baettig über die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die Grenzkantone am Beispiel des Kantons Jura.

Delegiertenversammlung vom 28. August in Baar (ZG)

„Kriminelle Ausländer sind auszuschaffen!“

Parolenfassung

Die Delegierten sprechen sich an der Delegiertenversammlung **einstimmig mit 415 Stimmen für die Ausschaffungsinitiative aus**. Der Verhinderungs-Gegenentwurf wird klar mit 416 Stimmen ohne Gegenstimme abgelehnt. Die SVP hat im August 2007 die **Ausschaffungsinitiative** lanciert, die nun am 28. November 2010 zur Abstimmung kommt. Viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich nicht mehr sicher im eigenen Land. Nahezu die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird von Ausländern verübt. Die Ausschaffungsinitiative nimmt das Bedürfnis der Schweizerinnen und Schweizer nach mehr Sicherheit, mehr Grenzen und vor allem konsequentem Durchgreifen ernst. Mit der Ausschaffungsinitiative werden Ausländer, die in unserem Land schwere Verbrechen begehen, endlich konsequent ausgewiesen und mit einer Einreisesperre von mindestens fünf Jahren belegt. Aus Angst vor einem JA zur Ausschaffungsinitiative stellt das Parlament der Initiative einen wirkungslosen Gegenvorschlag gegenüber. Mit diesem soll internationales Recht in der Verfassung verankert und damit über Schweizer Recht gestellt werden. Damit könnten Anwälte und Richter die Ausschaffung von schweren Verbrechern

weiterhin verhindern. Ein Integrationsartikel soll gar Integrationsvorschriften für Bund, Kantone und Gemeinden in die Verfassung aufnehmen. Dies ist ein völlig verfehlter Ansatz.

Des Weiteren fassen die Delegierten die Parole zur **SP-Steuerinitiative** vom 28. November 2010. Sie **lehnen** diese Steuererhöhungsinitiative der Linken mit **379 zu 1 Stimmen** ab.

Sonderparteitag vom 28. August in Liestal (BL) **„Bildungspolitik: Lehrer und Lehrplan 21“**

Lehrpläne sind dazu da, klare, überprüfbare und zu erfüllende Leistungsanforderungen für Schülerinnen und Schüler jeder Altersstufe festzulegen. Der Lehrplan hält fest, was die Lehrer mit ihren Klassen pro Jahrgang zu erreichen haben, welche ihrem Alter angepassten Leistungen die Schülerinnen und Schüler zu erbringen in der Lage sein müssen. Zielerreichung ist dabei Voraussetzung für die Promotion in die nächsthöhere Klasse.

Die Delegierte der SVP und viele Bildungsinteressierte treffen sich in Liestal (BL) zu einem Sonderparteitag zum Thema Bildung.

Bedauerlicherweise stehen in den von der Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) in die Vernehmlassung gegebenen und seither breit, aber eher diffus diskutierten Entwürfen zum Lehrplan 21 Ziele und Zielerreichung im Hintergrund. Aus einem Volksschul-Lehrplan müssen Leistungsbeurteilungen von Schülerinnen und Schülern resultieren, die für Eltern, Lehrmeister und Lehrlingsbetreuer unmittelbar verständlich und nachvollziehbar sind. Die Grundlagen zum Lehrplan 21, so wie sie von der EDK 2009 in die Vernehmlassung gegeben wurden, sind entschieden abzulehnen. Die Erarbeitung des Lehrplans ist breiter abzustützen.

Die SVP stellt an diesem Sonderparteitag den Forderungskatalog an die Bildung vor.

Programmparteitag vom 4. Dezember bei Gland (VD) **„Parteiprogramm 2011-2015: «SVP – Die Partei für die Schweiz»“**

Die SVP hat im Oktober einen Entwurf für das neue Parteiprogramm 2011-2015 „SVP - die Partei für die Schweiz“ erarbeitet und den Kantonalparteien und den Delegierten in die Vernehmlassung gegeben. Das Programm gibt einen Überblick über die Positionen der Partei zu verschiedenen politischen Themen. Die SVP steht ein für die Schweiz. Deshalb ist das Programm geprägt vom Einsatz für eine sichere Zukunft in Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand. Das Parteiprogramm stellt die Grundlage für die Politik der SVP dar. Sie skizziert eine breite Palette von Themen und politischen Zielen.

Die Delegierten verabschieden in Gland das Parteiprogramm 2011-2015. Mit 25 Kapiteln auf 84 Seiten dürfte es sich um das umfassendste Parteiprogramm handeln, das die SVP in ihrer Geschichte erarbeitet hat. Die Kantonalparteien und die Delegierten stellen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens insgesamt 156 Änderungsanträge zum Programm. Die Anträge können im Rahmen der Gremiensitzungen zu einem grossen Teil behandelt werden. Die Delegierten behandeln am Programmparteitag die letzten Anträge und verabschieden das Programm 2011-2015 einstimmig. Dieses wird in vier Sprachen aufgelegt werden (d, f, i und e).

2. Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) setzt sich aus 112 Mitgliedern zusammen.

Vertreter von Amtes wegen gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1:

(Stand: 31.12.2010)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Adrian Amstutz (BE)
	a. BR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	Nadja Pieren (BE)
	NR Yvan Perrin (NE)
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader (BL)
Generalsekretär	Martin Baltisser (BE)
Präsidentin SVP Frauen	Rita Gygax (BE)
Präsident SVP Senioren	NR Theophil Pfister (SG)
Präsident SVP International	Rolf B. Schudel
Präsidenten Kantonalparteien	AG Thomas Lüpold
	AI Emil Mock
	AR Edgar Bischof
	BE NR Rudolf Joder
	BL Dieter Spiess
	BS Sebastian Frehner
	FR Gilberte Demont
	GE Céline Amaudruz
	GL Peter Rothlin
	GR Jon Peider Lemm
	JU Romain Schaer
	LU NR Josef Kunz
	NE NR Yvan Perrin
	NW Peter Wyss
	OW Albert Sigrist
	SG Toni Thoma
	SH Werner Bolli
	SO Heinz Müller
	SZ Judith Uebersax
	TG Walter Marty
	TI Pierre Rusconi
	UR Gusti Planzer
	VD Fabrice Moscheni
	VS Oskar Freysinger (UVS)
	VS Franz Ruppen (OVS)

	ZG	Stephan Schleiss
	ZH	NR Alfred Heer
	JSVP	Erich J. Hess

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs.2 Ziff.1:

AG	- Roger Fricker - NR Lieni Füglistaller - Pascal Furer - Andreas Glarner
AI	- Martin Ebnetter
AR	- Werner Rechsteiner
BE	- Andrea Pieren - Jolanda Brunner - Aliko M. Panayides - Jean-Blaise Defago - Michael Waber - Albert Rösti
BL	- Thomas de Courten - Ruth Singer
BS	- Felix Meier - Andreas Ungricht
FR	- Roland Mesot - Jean-Luc Rimaz
GE	- Eric Bertinat - a. NR Jacques Pagan
GL	- Marc Ziltener
GR	- Claudio Scandella - Jan Koch
JU	- Michael Kohler
LU	- Urs Meyer - Oskar Blaser - Guido Müller
NE	- Raymond Clottu - Walter Willener
NW	- Christoph Keller
OW	- Susann Schmid
SG	- Roland Büchel - Dominique Roland Lambert - August Wehrli
SH	- SR Hannes Germann
SO	- Beat Ehram - NR Walter Wobmann
SZ	- Olivier Kessler - NR Pirmin Schwander
TG	- Marcel Schenker - NR Hansjörg Walter

TI	- Eros Mellini
UR	- Paul Dubacher
VD	- Nathalie Falcone - Claude-Alain Voiblet - Eric Bonjour
VS	- Fredy Ursprung (Oberwallis) - Bruno Perroud - Jean-Luc Addor
ZG	- Vreni Althaus - Heinz Tännler
ZH	- Josephine Bianda - Max Binder, CN - NR Toni Bortoluzzi - Gregor A. Rutz - NR Ernst Schibli - Yves Gadiant - Jacqueline Hofer - Theres Weber
JSVP	- Erich Hess - Bernhard Zahner - Stefanie Fritschi
SVP International	- Peter S. Kaul

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2 Ziff. 2
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

BE	- Thomas Fuchs
GL	- SR This Jenny
GR	- Reto Rauch
NW	- Michèle Blöchlinger
AG	- NR Sylvia Flückiger
SH	- NR Thomas Hurter
SZ	- Monika Moser-Lienert
TI	- Roberta Soldati
VD	- Gérald Nicod
ZH	- NR Christoph Mörgeli - NR Hans Fehr - NR Ulrich Schluer - NR Bruno Zuppiger
VS	- Raphael Filliez
ZG	- Manuel Brandenburg

3. Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss (LA) setzt sich aus 28 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Der LA führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung von deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet der LA auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2010)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Adrian Amstutz (BE)
	a. BR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	Nadja Pieren (BE)
	NR Yvan Perrin (NE)
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader (BL)
Generalsekretär	Martin Baltisser (BE)
Präsidenten der sechs absolut wählerstärksten Kantonalparteien	NR Alfred Heer (ZH)
	NR Rudolf Joder (BE)
	Thomas Lüpold (AG)
	Toni Thoma (SG)
	NR Josef Kunz (LU)
	Fabrice Moscheni (VD)
Präsidentin SVP Frauen Schweiz	Rita Gygax-Schwarz (BE)
Präsident SVP Senioren Schweiz	NR Theophil Pfister (SG)
Präsident Junge SVP Schweiz	Erich J. Hess (BE)
Vertreterin der Romandie	Gilberte Demont (FR)
Vertreter der italienischen Schweiz	Eros Mellini (TI)
Vertreter der romanischen Schweiz	Reto Rauch (GR)
Weitere Mitglieder	SR This Jenny (GL) NR Hans Fehr (ZH) NR Christoph Mörgeli (ZH) NR Pirmin Schwander (SZ) NR Hansjörg Walter (TG) NR Sylvia Flückiger (AG) Michèle Blöchliger (NW) NR Oskar Freysinger (VS)

4. Parteileitung

Die Parteileitung setzt sich aus 7 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2010)

Funktion	
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Toni Brunner (SG)
Vizepräsident	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Vizepräsident	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Vizepräsident	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Jasmin Hutter (SG) bis Ende April 2010 Nadja Pieren (BE)
Vizepräsident	Nationalrat Yvan Perrin (NE)
Fraktionspräsident	Nationalrat Caspar Baader (BL)

5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2010)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Martin Baltisser, Bremgarten (BE)
Stv. Generalsekretärin	Silvia Bär, Wiler (BE)
Fraktionssekretär	Urs Martin, Oberaach (TG), bis Ende Juni 2010
Kommunikation	Kevin Grangier, La Tour-de-Peilz (VD) Michèle Berger, Hilterfingen (BE), ab 1. Juli 2010
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Miriam Dagai, Oberwangen (BE), ab 1. Juli 2010 Fraktionssekretärin Kaspar Voellmy, Bern (BE) David Wenger, Olten (SO), bis 31.12.2010 Daniel Eichenberger, Baar (ZG) Thomas Widmer, Biel (BE), ab 1.12.2010
Koordinator UDC Romandie	Claude-Alain Voiblet, Lausanne (VD)
Fraktionsassistentin	Jacqueline Merian-Lang, Reiden (LU), bis Ende Juni 2010 Ariane Imobersteg, Steffisburg (BE), ab 25. Juni 2010
Sekretariat	Susanne Rebora, Schliern (BE)
Assistentin d. Parteipräsidenten	Marcia Cerantola, Rosshäusern (BE)

6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat

- Ueli Maurer, Vorsteher VBS, Hinwil (ZH);
gewählt am 10.12.2008; im Amt seit 1.1.2009

Mit 60 Nationalräten und 6 Ständeräten (58 SVP, 1 Lega, 1 EDU) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2010)

AG	Flückiger Sylvia, Schöftland Füglistaller Lieni, Rudolfstetten Giezendanner Ulrich, Rothrist Glur Walter, Glashütten Killer Hans, Untersiggenthal Stamm Luzi, Baden
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Amstutz Adrian, Sigriswil Brönnimann Andreas, Belp (EDU) Geissbühler Andrea, Herrenschwanden Graber Jean-Pierre, La Neuveville Joder Rudolf, Belp Schenk Simon, Trubschachen von Siebenthal Erich, Gstaad Wandfluh Hansruedi, Frutigen
BL	Baader Caspar, Gelterkinden Miesch Christian, Titterten
BS	Frehner Sebastian, Basel
FR	Rime Jean-François, Bulle
GE	Nidegger Yves, Genf Reymond André, Veyrier
JU	Baettig Dominique, Delémont
LU	Estermann Yvette, Kriens Kunz Josef, Grosswangen Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Perrin Yvan, La Côte-aux-Fées
OW	von Rotz Christoph, Sarnen
SG	Bigger Elmar, Vilters-Wangs Brunner Toni, Ebnat-Kappel

	Büchel Roland, Oberriet Pfister Theophil, Flawil Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Borer Roland, Kestenholz Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Föhn Peter, Muotathal Schwander Pirmin, Lachen
TG	Baumann J. Alexander, Kreuzlingen Spuhler Peter, Weiningen Walter Hansjörg, Wängi
TI	Gobbi Norman (Lega)
VD	Bugnon André, Saint-Prex Glauser Alice, Champvent Grin Jean-Pierre, Pomy Parmelin Guy, Bursins Veillon Pierre-François, Les Plans-sur-Bex
VS	Freysinger Oskar, Savièse
ZG	Scherer Marcel, Hünenberg
ZH	Binder Max, Illnau Bortoluzzi Toni, Affoltern a.A. Fehr Hans, Eglisau Heer Alfred, Zürich Kaufmann Hans, Wettswil Mörgeli Christoph, Uerikon Rickli Natalie, Winterthur Rutschmann Hans, Rafz Schibli Ernst, Otelfingen Schlüer Ueli, Flaach Stahl Jürg, Winterthur Zuppiger Bruno, Hinwil

Ständeräte (Stand: 31.12.2010)

AG	Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick
GL	Jenny This, Glarus
GR	Brändli Christoffel, Landquart
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Bürgi Hermann, Dussnang

III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2010

Volksabstimmung vom 7. März	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stän- de Ja	Stän- de Nein	
Änderung vom 19.12.2008 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Mindestumwandlungssatz)	Ja	Ja	Ja	Nein	27.3 %	72.7 %	-	-	abgelehnt
Volksinitiative vom 26.07.2007 ' Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)'	Nein	Nein	Nein	Ja	29.5 %	70.5 %	0	20 6/2	abgelehnt
Bundesbeschluss vom 25.09.2009 zu einem Verfassungsartikel über die For- schung am Menschen	Nein	Ja	Ja	Ja	77.2 %	22.8 %	20 6/2	0	angenom- men

Volksabstimmung vom 26. Sep- tember	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stän- de Ja	Stän- de Nein	
Änderung vom 19. März 2010 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG)	Ja	Ja	Ja	Nein	53.4 %	46.6 %	-	-	angenom- men

Volksabstimmung vom 28. November	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Volksinitiative "Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)" und als direkten Gegenentwurf den Bundesbeschluss über die Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der Bundesverfassung	Ja	Nein	Nein	Nein	52.9 %	47.1 %	15 5/2	5 1/2	angenommen
Volksinitiative " Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative)".	Nein	Nein	Nein	JA	41.5 %	58.5 %	3 1/2	17 5/2	abgelehnt

IV. BUNDESRATSWAHLEN

Bundesrat Moritz Leuenberger (SP) hat am 9. Juli und Bundesrat Hans-Rudolf Merz (FDP) am 6. August den Rücktritt erklärt. Die SVP-Fraktion hat am 3. September einstimmig ihren Vizepräsidenten Jean-François Rime für die anstehenden Bundesratsersatzwahlen nominiert. Mit Jean-François Rime präsentiert die SVP eine weit über die Parteigrenzen hinaus geachtete Unternehmerpersönlichkeit aus dem Kanton Freiburg. Der Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz im Bundesrat ist gemäss Konkordanz am besten ausgewiesen. Deshalb erwartet die SVP von den anderen Parteien, dass sie die Kandidatur von Jean-François Rime unterstützen. Jean-François Rime wird von den Fraktionen der CVP und den Grünen für Hearings eingeladen.

Das Parlament hat am 22. September der SVP einmal mehr den berechtigten Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Landesregierung verwehrt und sich mit der Wahl einer SP-Vertreterin und eines FDP-Vertreters in den Bundesrat erneut über die Konkordanz hinweggesetzt. Die SVP als wählerstärkste Partei und damit fast 30% der Bevölkerung sind in der Landesregierung weiterhin untervertreten. Die anderen Parteien haben gezeigt, dass ihnen Machterhaltung wichtiger ist als die Stabilität und die breite Akzeptanz der Landesregierung.

Am 22. September wurde Ständerätin Simonetta Sommaruga (BE) im vierten Wahlgang mit 159 Stimmen zum 113. Mitglied der Landesregierung gewählt.

Wahlergebnis	1. WG	2. WG	3. WG	4. WG
Ausgeteilte Wahlzettel	245	245	245	245
Eingegangene Wahlzettel	245	245	245	245
Leer	0	0	0	3
Ungültig	1	0	0	2
Gültig	244	245	245	240
Absolutes Mehr	123	123	123	121
Stimmen haben erhalten:				
Simonetta Sommaruga	86	96	98	159
Jean-François Rime	80	78	77	81
Jacqueline Fehr	61	64	70	
Hildegard Fässler	10			
Verschiedene	7	7		

Am 22. September wurde Nationalrat Johann N. Schneider-Ammann (BE) im fünften Wahlgang mit 144 Stimmen zum 114. Mitglied der Landesregierung gewählt.

Wahlresultat	1. WG	2. WG	3. WG	4. WG	5. WG
Ausgeteilte Wahlzettel	245	245	245	243	245
Eingegangene Wahlzettel	245	245	245	243	245
Leer	1	0	0	4	6
Ungültig	0	0	1	5	2
Gültig	244	245	244	234	237
Absolutes Mehr	123	123	123	118	119
Stimmen haben erhalten:					
Jean-François Rime	72	72	72	76	93
Brigit Wyss	57	40	28		
Johann N. Schneider-Ammann	52	75	78	84	144
Karin Keller-Sutter	44	55	66	74	
Ignazio Cassis	12				
Verschiedene	7	3			

V. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

(Stand 31. Dezember 2010)

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2009	31.9 %	45	140
AI	jährlich	*	*	49
AR	2007	*	8	65
BE	2010	26.6 %	44	160
BL	2007	22.5 %	21	90
BS	2008	14 %	13.9	100
FR	2006	16.0 %	18	110
GE	2009	8.6 %	9	100
GL	2010	26.3 %	16	60
GR	2010	*	4	120
JU	2010	9.6. %	4	60
LU	2007	18.2 %	23	120
NE	2009	12.7 %	14	115
NW	2010	26.6 %	19	60
OW	2010	21.1 %	11	55
SH	2008	32.6%	19	60
SO	2009	19.4 %	18	100
SG	2008	30.5 %	41	120
SZ	2008	37.5%	41	100
TG	2008	36.4%	51	130
TI	2007	4.6 %	5	90
UR	2008	30.4%	18	64
VD	2007 (alle 5 Jahre)	15.6 %	26	150
VS	2009	11.5 %	12	130
ZG	2010	22.7 %	19	80
ZH	2007	30.5 %	56	180

* keine Angaben, weil Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

VI. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	svpai@gmx.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-baselland.ch	info@svp-baselland.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.svp-fr.ch / www.udc-fr.ch	secretariat@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	info@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-jura.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svpso.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ticino.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svp-uri.ch	sekretariat@svp-uri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	sg@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch
Junge SVP	www.jsvp.ch	hess@jsvp.ch
SVP International	www.svp-international.ch	info@svp-international.ch